Smart.Smarter.Pinneberg!

Auf dem Weg zur digitalen Modellkommune

Eine Smart-City-Strategie für Pinneberg

November 2022

gefördert durch das

SH Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung

STADT PINNEBERG

SMART. SMARTER. PINNEBERG ?!

dataport kommunal

Inhaltsverzeichnis

0. Management Summary 1
1. Einleitung 3
2. Rahmen des Projekts 4
3. Der Weg zur Smart-City-Strategie 7
3.1. Digitalstrategie 2019 7
3.2. Masterplan Digitale Transformation 2020-2025 7
3.3. Förderantrag Smart-City-Strategie 8
4. Zielbereiche und Dimensionen 9
4.1. Allgemeines Leitbild 9
4.2. Ziele des Projekts 9
4.3. Dimensionen 11
4.4. Projektaufbau und -ablauf 12
4.5. Projektumsetzung 15
5. Workshop-Impulse und Projektideen 15
5.1. Mobilität 16
5.2. Wirtschaft 19
5.3. Verwaltung 22
5.4. Lebens- und Wohnumfeld 25
5.5. Zusammenleben, Bildung und Kultur 27
6. Fazit und Ausblick 29
Literatur- und Quellenverzeichnis 31
Glossar 32
Anhang 35
Anhang 1: Beschreibung der Maßnahmen 35
Anhang 2: Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen 58

0. Management Summary

Smart City ist in aller Munde, eine allgemeingültige Vorstellung dessen existiert jedoch nicht. Smart-City-Strategien verfolgen einen ganzheitlichen und integrierten Ansatz unter Berücksichtigung von allen relevanten Handlungsfeldern der modernen Stadtentwicklung wie Mobilität, Bildung, Wirtschaft, soziale Infrastruktur, Umwelt u. A.. Ausgelöst durch den unaufhaltbaren Einzug von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und den damit verbundenen Folgen für Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen erfordert dies von öffentlichen Verwaltungen und Institutionen die Verantwortung, die genannten Entwicklungen in gemeinwohlorientierte Bahnen zu lenken und anstehenden Herausforderungen zu begegnen (Heuermann et al. 2017). Damit wird Smart City als ein Element der integrierten Stadtentwicklung aufgefasst und soll aus städtischer Sicht Antworten auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen von gesellschaftlichen Trends liefern.

Im Rahmen des Förderprogramms „Digitale Modellkommune“ des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung[1] wurde die vorliegende Smart-City-Strategie in Abstimmung mit bzw. unter Beteiligung von relevanten lokalen Akteur*innen in unterschiedlichen Workshop-Formaten für die Stadt Pinneberg erarbeitet. Als Ergebnis der Workshop-Reihen wurden in fünf unterschiedlichen Dimensionen verschiedenste Projektideen und Maßnahmen erarbeitet, die wiederum nach Machbarkeitskriterien bewertet wurden.

[1] Kabinett Günther I, jetzt (2022) Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Die Dimensionen umfassen die Handlungsfelder Verwaltung, Wirtschaft, Mobilität, Zusammen, Bildung und Kultur sowie Lebens- und Wohnumfeld (vgl. Abbildung 1).

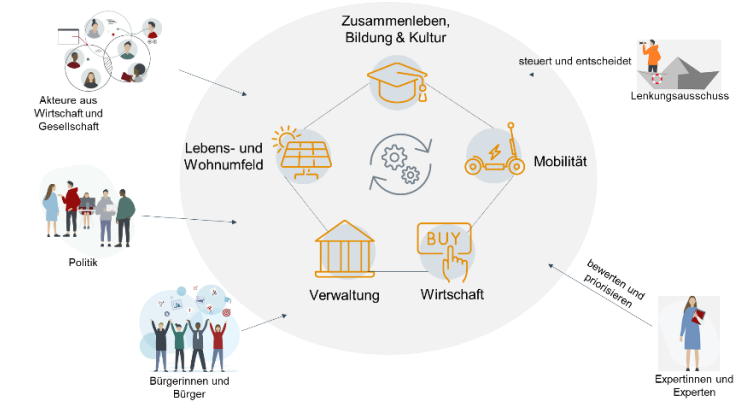


Abbildung 1: Projektlandkarte

Im Projektrahmen entstanden digitale wie analoge Projektideen, wobei für jede analoge Maßnahme auch digitale Ansätze oder begleitende „smarte“ Lösungen wie bspw. Apps zur Steuerung, Nutzung, Buchung o.Ä. denkbar sind.

Die vorliegende Smart-City-Strategie ist als Landkarte und Ideensammlung für den Transformationsprozess hin zur „cleveren Stadt“ zu verstehen. Sie flankiert und erweitert den bisherigen Pinneberger Masterplan Digitale Transformation und sollte regelmäßig überprüft

werden. Die Umsetzung der erarbeiteten Ideen, aber auch die Umsetzung von Leistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) ist von der Förderung exkludiert.

Das vorliegende Strategiedokument fasst den gesamten Projektverlauf sowie alle Projektideen zusammen, welche im Anhang in detaillierten Projektsteckbriefen ihre kritische Würdigung erhalten.

1. Einleitung

Wir stecken mittendrin – im digitalen Wandel. „Digitalisierung“ ist derzeit in aller Munde und der damit einhergehende digitale Wandel hat Einzug in unser aller Leben gehalten, in unseren Arbeitsalltag, unsere Freizeitgestaltung bis hin zum sozialen Miteinander. Im privaten sowie im beruflichen Kontext begegnen uns zunehmend digitale Lösungen, welche unseren Alltag erleichtern und komfortabler gestalten (sollen). Autos werden per App gemietet oder der Einkauf online von zu Hause oder unterwegs erledigt. Dieser Wandel ist von einer hohen Schnelligkeit und Komplexität geprägt. Es entwickeln sich neue Geschäfts- und Lebensmodelle. Gleichzeitig liegen in Städten und Metropolregionen große Potenziale für Unternehmen sowie Start-Ups in den Feldern IT, Telekommunikation, Sensorik-Systeme, Energieversorgung etc.

Neben dem Trend des digitalen Wandels sind Kommunen ebenso von der zunehmenden Urbanisierung geprägt. „Urbanisierung“ oder „Verstädterung“ beschreibt die Ausbreitung städtischer Lebensformen, d.h. das Bevölkerungs- oder Flächenwachstum von Städten und Regionen. Städte stehen vor enormen Herausforderungen in den Bereichen Energie, Wohnen und Mobilität und hinterfragen vor diesem Hintergrund ihre Funktionsweise und Leistungsangebote. Damit drängt sich unmittelbar die Frage auf, wie Städte – bereits heute – mögliche Antworten auf Herausforderungen der Zukunft finden und strategisch bearbeiten können.

Die Digitalisierung von Kommunen ist kein Selbstzweck (BBSR/BBR 2021). Das Konzept der intelligenten Stadt (smart city) verspricht dringende Fragen der fortschreitenden Urbanisierung, wie z.B. überlastete Verkehrs- und Energieversorgungssysteme, zu lösen (Gassmann et al. 2018). Smart City ist relevant für Entscheidungsträger*innen in Verwaltungen, Politik, Verbände, Bürger*innenorganisationen und sonstige lokale Akteur*innen.

Die Digitalisierung soll demnach helfen, den Herausforderungen der Städte zu begegnen. Zur Sicherstellung dessen setzen Smart Cities intelligente Technologien, innovative Systeme, schlaue Lösungen für diverse Herausforderung der Stadtentwicklung ein (DIFU 2019). Im Fokus steht hierbei die infrastrukturelle Vernetzung von Akteuren, Sektoren und Strukturen unter Berücksichtigung neuer, kreativer Lösungsansätze.

Ziel von Smart Cities ist es, die Lebensqualität der Einwohner*innen zu steigern, Energie- und Ressourceneffizienz zu fördern, soziale Faktoren zu verbessern und auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unter Zuhilfenahme neuer digitaler Technologien zu stärken. Die Smart City erweitert den Instrumentenkasten der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung um technische Komponenten, wobei die Gesellschaft, der Mensch und seine Lebensgrundlage auch zukünftig im Mittelpunkt stehen (BBSR/BBR 2021). An diesen Werten der Smart-City-Charta orientierte sich die Entwicklung der Smart-City-Strategie der Stadt Pinneberg. Das Vorgehen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen in Pinneberg ist hieraus abgeleitet. Unter Beteiligung von Bürger*innen, Politiker*innen und örtlichen Unternehmen wurde diese Smart-City-Strategie in offenen Workshop-Formaten gemeinsam erarbeitet (Kapitel 4.4). Eine Smart-City-Strategie ist demnach ein „demokratisch legitimiertes Plandokument zur Bündelung von konzeptionellen und integrierten Bestrebungen der digitalen Stadtentwicklungspolitik“ (vgl. SMARTCity Gera 2021).

Städte, die sich aktiv mit den eigenen Zielen und der digitalen Transformation beschäftigen, können neue smarte Wohn- und Lebensräume denken und somit den Weg hin zu einer echten Smart City bestreiten (Gassmann et al. 2018). Es bedarf hierzu zu einer engen Verzahnung von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Vereine, Verbände, Wirtschaft sowie Bürger*innen.

Die Stadt Pinneberg hat sich auf den Weg gemacht und konnte sich bei dem Förderwettbewerb „Digitale Modellkommune“ des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung[2] in Schleswig-Holstein durchsetzen. Durch die Förderung wurde die Erstellung einer Smart-City-Strategie im Projekt „Smart.Smarter.Pinneberg?!“ ermöglicht.

2. Rahmen des Projekts

Die Entwicklung einer Smart-City-Strategie unterliegt dem Verständnis, dass der digitale Wandel ein kontinuierlicher und allumfassender Veränderungsprozess ist, welcher alle Themen der Stadtentwicklung berührt und fortlaufend geschieht. Nahezu alle Lebensbereiche werden heute von der Digitalisierung tangiert – Kommunen begeben sich auf den Weg in das Zeitalter der digitalen Daseinsvorsorge.

Die Kreisstadt Pinneberg liegt mit 43.600 Einwohner*innen (Stand: Dezember 2021) – gehörend zum Kreis Pinneberg – 18 km nordwestlich von Hamburg in der Metropolregion. Der Landkreis Pinneberg ist charakterisiert durch die größte Urbanität und Bevölkerungsdichte im Land Schleswig-Holstein. Als Kreisstadt erfüllt Pinneberg als Mittelzentrum eine wichtige Versorgungsfunktion.

Zurzeit beschäftigt die Stadt rund 300 Mitarbeitende, etwa 170 Beschäftigte des kommunalen Servicebetriebs (KSP) kommen hinzu. Die Verwaltung ist in zwei Dezernate aufgeteilt. In der Kernverwaltung sind etwa 75% der Mitarbeitenden weiblich, mit 46,23 % ist fast die Hälfte der Mitarbeitenden teilzeitbeschäftigt. Auf Ebene der Fachbereiche werden diese jeweils von 50% männlichen und 50% weiblichen Führungskräften geleitet. Die 13 Fachdienste werden von neun Männern und vier Frauen geleitet. Die Organisation der Verwaltung der Stadt Pinneberg ist Abbildung 2 zu entnehmen.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten im Jahr 2020 belief sich bei der Stadt auf 48,2 Jahren, bei der Kernverwaltung auf 46,3 Jahren und beim KSP auf 51,2 Jahren. Aufgrund dieser Altersstruktur und des demografischen Wandels kommt der zukünftigen Personalbedarfsplanung und -gewinnung eine immer stärkere Bedeutung zu.

Die Finanzlage Pinnebergs ist durch mehrere defizitäre Haushalte in den vergangenen Jahren geprägt. Im Haushalt 2020 lag die Bilanzsumme bei 268,76 Mio. Euro, das Eigenkapital betrug 83,2 Mio. Euro, was einer Eigenkapitalquote von 30,96 % entspricht.

Pinnebergs Haushalt muss im Jahr 2022 Aufwendungen von etwa 110,4 Mio. Euro finanzieren. Insgesamt fallen 105,4 Mio. Euro an Erträgen an, was zu einem Jahresfehlbetrag von knapp 5 Mio. Euro für das aktuelle Haushaltsjahr führt. Die Haushaltskonsolidierung wird als stetiger Prozess durchgeführt.

Im Rahmen der Förderung „Digitale Modellkommunen“ durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein erarbeitete die Stadt Pinneberg gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie den lokalen Akteuren sowie unterstützt durch dataport.kommunal eine Smart-City-Strategie. Diese mündete in einem demokratisch legitimierten Plandokument von konzeptionellen Vorhaben in der digitalen, verwaltungsübergreifenden Stadtentwicklungspolitik. Mit den Fördermitteln des Ministeriums sollten die Digitalisierung der Daseinsvorsorge unterstützt, Smart Cities und Smart Regions entwickelt und digitale Strategien und/oder Prototypen erarbeitet werden.

[2] Kabinett Günther I, jetzt (2022) Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, die Stadt Pinneberg erhielt den Zuwendungsbescheid im November 2020.

Dieser Projektrahmen bedingt, dass Leistungen nach dem Online-Zugangsgesetz (OZG) explizit nicht gefördert werden. Fokus war das Erarbeiten von für Pinneberg relevanten Projektideen und Maßnahmen. Das Projekt erhebt dabei nicht den Anspruch, dass diese vollständig sind. Die Ideen spiegeln maßgeblich die Ergebnisse der einzelnen Beteiligungsrunden wider. Die Förderung und das Projekt umfassen ausschließlich den strategischen Prozess. Die Umsetzung der einzelnen Projektideen hängt maßgeblich von der dann aktuellen Haushaltslage, dem politischen Willen sowie möglichen Förderungen ab.

Die digitale Transformation betrifft sämtliche Lebensbereiche. Kaum ein Aspekt des Lebens lässt sich heute ohne Digitalisierung denken, bzw. ist häufig nur noch mittelbar durch Digitalisierung möglich. Demnach ist das Projekt bemüht, reale Probleme der Bürger*innen in den Fokus zu stellen, auch wenn diese zunächst „analog“ anmuten. Ziel der jeweiligen Umsetzungsprojekte soll sein, das digitale Potenzial zu heben, um einen spürbaren Mehrwert für Bürger*innen zu erzeugen.

In Teilen existieren bereits Arbeiten/Vorüberlegungen seitens der Stadt Pinneberg, die im Projekt (erneut) aufgegriffen wurden. Unabhängig der erarbeiteten Projektideen hat die Stadtverwaltung einige der Vorhaben bereits auf der strategischen Agenda und verfolgt diese. Der Vollständigkeit halber sind auch diese Themen, sofern sie in den Beteiligungsrunden zur Sprache kamen, in der Strategie enthalten. Hiermit wurde eine vollständige Berücksichtigung aller Projektideen durch engagierten Bürger*innen sichergestellt.

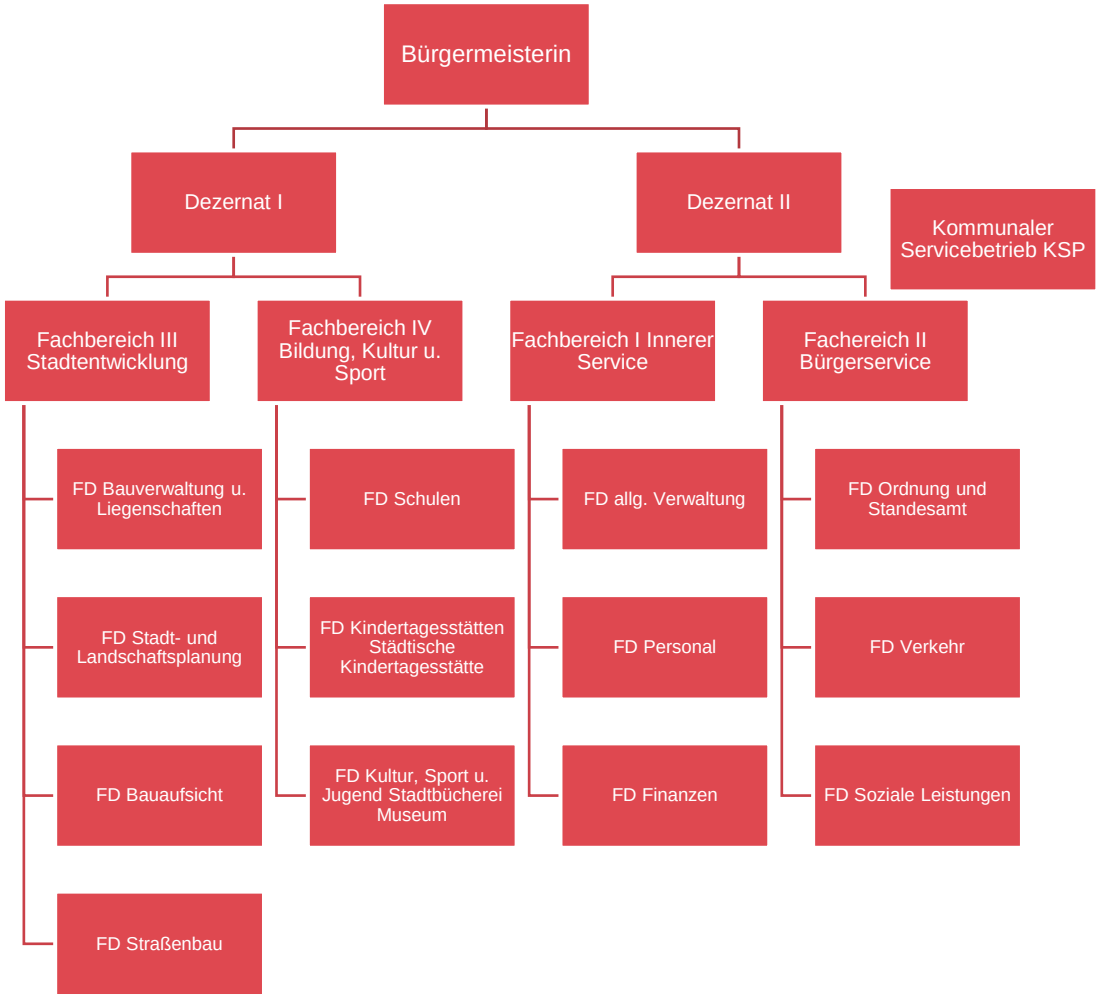


Abbildung 2: Organigramm der Stadtverwaltung Pinneberg (Stand: 01.10.2022)

3. Der Weg zur Smart-City-Strategie

Die Digitale Transformation berührt sämtliche Bereiche der Gesellschaft. Die Stadt Pinneberg gestaltet diesen Transformationsprozess aktiv, um den gestiegenen Anforderungen der Bürger*innen und örtlichen Unternehmen sowie der eigenen Mitarbeiter*innen gerecht zu werden. Die Stadt soll so für alle lebenswerter und attraktiver werden. Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Strategien und Dokumente mit Bezug zur Digitalisierung entworfen, weiterentwickelt und fortgeschrieben.

3.1. Digitalstrategie 2019

Als erster Schritt in Sachen Digitalisierung wurde 2019 eine Strategie inklusive Umsetzungsagenda erstellt. Hierbei lag der Fokus auf der Stadtverwaltung und einer Vision der zukünftigen Arbeitsweise. Diese Vision umfasst Werte wie Transparenz, Offenheit, Partizipation als Handlungsprinzipien, Medienbruchfreiheit, Geräteunabhängigkeit, Inklusion und Solidarität, Kundenorientierung und Innovation sind weitere Werte des Digitalstrategie 2019. Diese wurde 2020 durch den Masterplan digitale Transformation abgelöst. Unter größerer personeller Begleitung wurde dieser abgestimmt und mit einem konkreten Zeitplan und Arbeitsdokumenten hinterlegt.

3.2. Masterplan Digitale Transformation 2020-2025

Der 2020 erarbeitete Masterplan Digitale Transformation definiert die strategischen Rahmenbedingungen, um die Stadtverwaltung Pinnebergs systematisch zu digitalisieren.

Im Mittelpunkt steht dabei das Selbstverständnis und der Anspruch, eine vernetzte offene Organisation mit digitalen, wenn möglich automatisierten, effizienten und transparenten Prozessen nach innen und außen zu werden (MPD 2020). Die dabei entstehenden digitalen Angebote sollen jedoch keineswegs den persönlichen Kontakt einschränken. Die digitalen Angebote wollen vielmehr als Erweiterung und Ergänzung zu den bestehenden Angeboten verstanden werden. Sie sollen den Bürger*innen und Kund*innen – wie auch den Mitarbeiter*innen der Verwaltung – zu Entlastung und Effizienzsteigerungen verhelfen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, definiert der Masterplan Digitale Transformation acht Leitprinzipien für effizientes digitales Verwaltungshandeln. Diese sind in Abbildung 3: Prinzipien des Projekts dargestellt.

Strategische Projekte für die Digitalisierung der Verwaltung

Die Grundlage für die Verwaltungsdigitalisierung gemäß Masterplan bilden sieben Basiskomponenten. Die jeweiligen Projektstatus können der folgenden Übersicht entnommen werden.

Tabelle 1: Übersicht der Basiskomponenten (Stand: Mai 2022)

Projekt	Status
E-Akte	begonnen
E-Rechnung	Interimslösung fertig
Formularmanagement-system	noch nicht gestartet
E-Postausgang	noch nicht gestartet
E-Posteingang	noch nicht gestartet
Bürgerportal Schleswig-Holstein	für 2023 terminiert
Relaunch der Website	begonnen

Über die Basisdienste hinaus engagiert sich die Stadt Pinneberg bei der Pilotierung von Online-Diensten, wie etwa dem Online-Wohngeld, dem Chatbot Govii und dem digitalen Mängelmelder Meldoo.

Damit legt der Masterplan Digitale Transformation den Fokus insbesondere auf die Digitalisierung der Kernverwaltung. Themen- und Handlungsfelder, die der (digitalen) Daseinsvorsorge zuzuordnen sind, wie etwa Verkehrs- und Beförderungswesen, Bildungs- und Kultureinrichtungen oder allgemein soziales Miteinander, werden in diesem Rahmen bewusst nicht betrachtet.

3.3. Förderantrag Smart-City-Strategie

Mit dem Ziel, auch die Themen- und Handlungsfelder der digitalen Daseinsvorsorge zu erschließen und die Stadt Pinneberg noch lebenswerter für ihre Bürger*innen gestalten zu können, hat sich die Stadtverwaltung erfolgreich als „Digitale Modellkommune“ im gleichnamigen Förderprogramm des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung[3] erfolgreich beworben.

Die Förderung ermöglicht es der Stadt Pinneberg, den Masterplan Digitale Transformation systematisch um Elemente der digitalen Daseinsvorsorge zu erweitern. Gemäß den Zielen (vgl. Kapitel 4) definiert die Stadt im Förderantrag folgende zu berücksichtigende Handlungsfelder:

- *Smart Governance*, im Projektverlauf als Dimension *Verwaltung* bezeichnet
- *Smart Mobility*, im Projektverlauf als Dimension *Mobilität* bezeichnet
- *Smart People*, im Projektverlauf als Dimension *Zusammenleben, Bildung und Kultur* bezeichnet
- *Smart Living*, im Projektverlauf als Dimension *Lebens- und Wohnumfeld* bezeichnet
- *Smart Economy*, im Projektverlauf als Dimension *Wirtschaft* bezeichnet

Dimensionsübergreifend fokussiert das Projekt Aspekte der Nachhaltigkeit und des effizienten Ressourceneinsatzes. Zudem möchte das Projekt einen Beitrag zur Gleichstellung und Inklusion aller Menschen leisten.

Diese Dimensionen sowie die damit verbundenen Ziele werden im nächsten Kapitel genauer dargestellt.

[3] Kabinett Günther I, jetzt (2022) Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

4. Zielbereiche und Dimensionen

4.1. Allgemeines Leitbild

Das im Masterplan Digitale Transformation definierte Leitbild mit seinen acht Prinzipien gilt auch für das Smart-City-Projekt. Überdies wurde im Vorfeld des Projekts noch ein weiteres Prinzip aufgestellt: Das Projekt soll dazu beitragen, die Stadt resilient zu gestalten. Resilienz bedeutet in diesem Kontext, dass die erarbeiteten Ideen nach Möglichkeit dazu beitragen, bei Störungen die eigentlichen Funktionsweisen aufrecht zu erhalten – sei es durch stärkere Vernetzungen, die eine schnelle Wiederherstellung des Ursprungszustands ermöglichen oder Störungen verzögern, weil Alternativen ermöglicht werden.

Abbildung 3: Prinzipien des Projekts

4.2. Ziele des Projekts

Neben den genannten Leitprinzipien wurde im Vorfeld des Projekts ebenfalls vereinbart, dass auch die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN)[4] im Projekt berücksichtigt werden sollen. Diese sollen garantieren, dass die konsequente Ausrichtung an einer gesteigerten Lebensqualität aller Bürger*innen bei gleichzeitiger Ressourcenschonung ermöglicht wird.

[4] Die UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sind im Anhang 2: Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen einzeln dargestellt.

An diesen Prinzipien orientieren sich die strategischen Projekte, die für den Transformationsprozess identifiziert wurden und die digitale Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung sicherstellen sollen.

Das Projekt verfolgt das Ziel, ein Entwicklungskonzept für die Digitalisierung zu erarbeiten, das darauf abzielt, die Stadt Pinneberg als Reaktion auf die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Herausforderungen unserer Zeit effizienter, nachhaltiger und inklusiver zu gestalten.

Weiteres Ziel ist es, konkrete Handlungsmaßnahmen und reale Bedürfnisse zu identifizieren sowie die Ergebnisqualität durch eine breitere Nutzen- und Expertenperspektive zu verbessern.

Dies kann nur gelingen, wenn alle Projektbeteiligten (Bürger*innen, Vereine, Lokalpolitik, Verwaltung, Unternehmen etc.) kontinuierlich im Austausch stehen und gemeinsam Herausforderungen benennen und gemeinsam Lösungsansätze identifizieren.

Abbildung 4: Übersicht der Kernziele

Die Ergebnisse des Partizipationsprozesses wurden in Projektideen zusammengefasst, die gemeinsam mit Expert*innen der Stadtverwaltung auf ihre Umsetzbarkeit und Priorität hin bewertet wurden.

Über die Kernziele hinaus werden auch die im Masterplan Digitale Transformation definierten Kriterien für die Projektauswahl und Projektkonzeption beachtet:

- Steigerung von Lebensqualität für Bürger*innen
- Steigerung der Beteiligung von Bürger*innen
- Steigerung der Standortqualität für Unternehmen
- Imagegewinn nach außen (Öffentlichkeit, andere Behörden) und innen (Mitarbeiter*innen)
- Optimierung von Arbeitsabläufen zugunsten von Bürger*innen bzw. Unternehmen bei gleichzeitiger Entlastung der Mitarbeiter*innen
- Einsatz zentraler Basiskomponenten, Vermeiden von Insellösungen
- Auswahl standardisierter, plattformunabhängiger Lösungen, Verzicht auf Eigenentwicklungen
- Kooperationen, Partnerschaften und Netzwerke, Beteiligung als Referenzkommune
- Teilnahme an Förderprogrammen, Einwerben von Fördermitteln über das Fördermittelmanagement
- Optimierung von Geschäftsprozessen

4.3. Dimensionen

Der Förderantrag definiert fünf zentrale Handlungsfelder als Dimensionen einer Smart City. Dabei sollen insbesondere die Bedürfnisse und der zu erwartende Nutzen von und für Bürger*innen im Vordergrund stehen. Ziel ist es nicht, technische Lösungen um der Technik willen zu erarbeiten, sondern kontinuierlich die Bürger*innen und ihre Anforderungen in den Vordergrund zu stellen.

Mobilität

Mobilität zählt zu den Kernelementen einer modernen Gesellschaft. Digitalisierung kann dazu beitragen, dass relevante Informationen dem Nutzenden individuell zu einem gewünschten Zeitpunkt über Plattformen seiner Wahl zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der Dimension Mobilität sollen die Bedürfnisse der einzelnen Verkehrsteilnehmer*innen aufgenommen werden. Im Projekt wurde ein umfassendes Verständnis von Mobilität zugrunde gelegt, alle Mobilitätsformen, d.h. motorisiert und nicht-motorisiert, ÖPNV sowie Individual- und Berufsverkehr konnten berücksichtigt werden. Gemeinsam mit den Bürger*innen wurden Lösungsansätze entwickelt, wie Mobilität effizienter und mit mehr Rücksicht auf alle Verkehrsteilnehmer*innen und die Umwelt gestaltet werden kann.

Verwaltung

Eine digitale Verwaltung stellt ein wichtiges Aushängeschild für bürgernahe Dienstleistungen dar, ist durch weiter vernetztes Verwaltungshandeln charakterisiert und geht über klassisches E-Government hinaus. Der Aufbau einer digitalen Verwaltung spendet der gesamten Stadt mit ihren Bewohner*innen und Unternehmen einen Nutzen. Der Masterplan Digitale Transformation fokussiert insbesondere Themen der internen Organisation und der Kernverwaltung nach innen, mit dem Anspruch für die Bürger*innen effizient und zielgerichtet agieren zu können. Im Rahmen des Smart-City-Projektes soll Verwaltung aus Sicht von Bürger*innen, Politiker*innen, Unternehmen und Vereinen betrachtet werden. Welche Angebote können durch die Stadtverwaltung entwickelt werden, die für die genannten Gruppen von Mehrwert sind und möglicherweise über klassisches Verwaltungshandeln hinausgehen? Weiterhin sollte in dieser Dimension betrachtet werden, inwieweit sich die Stadtverwaltung selbst digital wandeln möchte.

Wirtschaft

Grundlagen für eine erfolgreiche Standortpolitik sind sowohl harte Standortfaktoren wie z.B. leistungsfähige Infrastrukturen oder Flächenentwicklung als auch die sogenannten „weichen“ Faktoren. Der zweite Aspekt zeichnet sich bspw. durch vorhandene Netzwerke, Bildungsangebote oder eine hohe Lebensqualität vor Ort aus. Das Projekt möchte einen Beitrag dazu leisten, die Stadt Pinneberg weiterhin als einen attraktiven (Wirtschafts-) Standort auszuweisen und weiterzuentwickeln. In Verbindung mit der Dimension Mobilität gilt es Möglichkeiten zu identifizieren, mit denen Pendlerströme reduziert werden können. Doch auch die Stärkung bereits bestehender Angebote soll im Dialog mit Bürger*innen, Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsgemeinschaft und Stadtmarketing thematisiert werden.

Lebens- und Wohnumfeld

Innerhalb dieser Dimension geht es insbesondere um Ideen, die infrastrukturellen Charakter haben. Klassische Leistungen des Kommunalen Servicebetriebs wie etwa Grünflächenpflege, Müllentsorgung und Straßenunterhaltung sind Teil dieser Dimension. Auch allgemeinere Themen wie Stadtgestaltung und Stadtentwicklung sollen insbesondere in diesem Handlungsfeld eine Plattform erhalten. Der Teilaspekt Gesundheit sollte hier ebenfalls adressiert werden, fand in den entsprechenden Workshops jedoch keine Resonanz.

Zusammenleben, Bildung und Kultur

Lebenslanges Lernen, Medienkompetenz und Innovationsfähigkeit legen die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft bei der digitalen Transformation fest. Mit Hilfe des Zusammenwirkens von Bürger*innen, Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft können Mehrwerte für alle in einer Smart City generiert werden und die Lebensqualität vor Ort nachhaltig verbessert werden. Dies wirkt sich auf die Standort-Attraktivität aus und kann die Effekte der Abwanderung mindern. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Partizipation fördern, sind nur zwei Themen, die innerhalb dieser Dimension adressiert werden sollen. Das Projekt möchte Ideen entwickeln, wie die digitale Kompetenz der Bürger*innen durch Weiterbildungs- und Informationsangebote gesteigert werden kann. Vor allem das Thema Partizipation soll stärker beleuchtet werden, sodass Ausbaumöglichkeiten und zusätzliche Anlässe für eine erweiterte Bürger*innen-Beteiligung eruiert werden.

4.4. Projektaufbau und -ablauf

Projektaufbau

Das Projekt lebt von der Beteiligung der Bürger*innen Pinnebergs. Ihre Eindrücke, Erfahrungen, Wünsche und Bedürfnisse waren es, die im Projekt vorrangig betrachtet wurden. Deshalb wurde ein mehrstufiger Beteiligungsprozess gewählt, der den Bürger*innen den Raum öffnete, ihre Themen und Impulse mitzuteilen und anschließend gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Der mehrstufige Prozess sah vor, dass zunächst in den definierten Dimensionen je ein Workshop stattfand, der primär die Bedürfnisse, Sorgen, Nöte und Wünsche der Bürger*innen adressierte. Zudem wurde in der ersten Workshop-Reihe über das Projekt informiert. Da die Förderung nur die Erstellung, nicht aber die Umsetzung förderte, war es wichtig, den Bürger*innen diese Rahmenbedingungen aufzuzeigen und so die Erwartungen an das Projektergebnis richtig einzuordnen.

Innerhalb der zweiten Workshop-Reihe wurden gemeinsam mit Bürger*innen, aber auch mit Akteur*innen (z. B. Verkehrsbünden, Unternehmen, örtlichen Vereinen etc.) Lösungsansätze und Projektideen aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Workshops erarbeitet.

Neben den Bürger*innen hatte die Stadtverwaltung selbst eine tragende Rolle im Projekt inne. Als Initiatorin der Smart-City-Strategie fallen viele der Themen in ihren Zuständigkeitsbereich. Für die Mitarbeiter*innen wurde hierfür im Februar 2022 eine Informationsveranstaltung durchgeführt, bei der das Projekt vorgestellt wurde. Zudem nutzten die Mitarbeiter*innen die Termine sowie das im Nachgang bereitgestellte Vorstellungsvideo des Projekts, um sich und ihre Impulse einzubringen.

Auch die Lokalpolitik nahm eine entscheidende Rolle innerhalb des Projekts ein. Letztlich sind es die politischen Gremien und Ausschüsse, die über den Haushalt und damit die Möglichkeit der Realisierung der Projektideen entscheiden. Die Lokalpolitik wurde frühzeitig über das Projekt informiert und bis zum Projektabschluss stetig über die Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten. Im Anschluss an die Workshop-Reihen erhielten der Kinder- und Jugendbeirat, der Seniorenbeirat sowie die Fraktionen die Möglichkeit, Stellung zum Projekt zu beziehen und die bisherigen Ergebnisse aus ihrer jeweiligen Perspektive zu bewerten und einzuordnen.

Die inhaltliche Bewertung aus Sicht der Stadtverwaltung wurden in anschließenden Expert*innen-Workshops vorgenommen. Hierbei galt es, aus der Vielzahl der Ideen insbesondere jene herauszufiltern, die aus aktueller Sicht besonders zu priorisieren sind. Die Übersicht aller Projektideen sowie der jeweils hoch priorisierten erfolgt in Kapitel 5.

Die nachfolgende Abbildung fasst das gesamte Projektvorgehen visualisierend zusammen.

Abbildung 5: Fortlaufende Vertiefung des Detaillierungsgrads im Projekt

Projektablauf

Das Smart-City-Projekt der Stadt Pinneberg startete offiziell am 1. Dezember 2021, als Auftraggeber fungierte formal der erste Stadtrat. Am 18. Januar 2022 fand die erste Sitzung des Lenkungsausschusses statt. Anfang Februar folgte die Informationsveranstaltung für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. Im Zeitraum vom 23. Februar bis zum 3. März fand die erste Workshop-Reihe statt. Nach der Vorstellung des Projekts im Hauptausschuss der Lokalpolitik begann am 14.3. die zweite Workshop-Reihe, bei der die Impulse aus den ersten Workshops und daraus abgeleitete Lösungsideen diskutiert und weiterentwickelt wurden. Die vorläufigen Ergebnisse und Impulse wurden anschließend am 20. April dem Seniorenbeirat vorgestellt und abends in einem Workshop mit den Lokalpolitikerinnen diskutiert und bewertet.

Ebenfalls im April fanden die Workshops mit den Schüler*innen der Jahrgangsstufe 11 der Johann-Comenius-Schule Thesdorf statt. Einige Schüler*innen hatten sich bereits zuvor aktiv in den Workshops eingebracht. Ab Mai starteten die Expert*innen Workshops mit der Stadtverwaltung sowie die zweite Runde der Wirtschafts-Workshops.

Die im Beteiligungsprozess entwickelten Projektideen wurden schließlich am 24. Juni 2022 anlässlich des bundesweiten Digitaltags[5] öffentlich im Bürger*innen-Forum ausgestellt. Ein Vortrag zum aktuellen Projektstand wurde parallel live im Internet übertragen.

Im Anschluss des Digitaltags wurden die Projektposter mehrwöchig im Foyer des Rathauses in Pinneberg ausgestellt. Digital wurde die Ausstellung noch durch zwei Umfragen ergänzt. Die Erste Online-Umfrage richtete sich an Pinneberger Bürger*innen, während sich die zweite Online-Befragung exklusiv an Unternehmen richtete. Über eine Laufzeit von vier Wochen konnten beide Zielgruppen Projektideen bewerten und im Bedarfsfall ergänzen und Rückmeldung zum Projekt geben.

Die Erstellung und Abstimmung des Strategiedokuments erfolgte über den Sommer, die offizielle Übergabe des Strategiedokuments an den Auftraggeber im Herbst. Das Projekt endete zum Jahresende 2022.

[5] https://digitaltag.eu/

Abbildung 6: Projektzeitstrahl (im Zeitraum 2022)

Insgesamt erreichte das Projekt über 200 aktive Beteiligungen von Bürger*innen der Stadt Pinnebergs, Unternehmen, Vereinen, Politiker*innen und Schüler*innen. Hinzu kamen die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung sowie des kommunalen Servicebetriebs, die sich als Expert*innen in den Workshops oder als Mitglieder im Lenkungsausschuss engagierten.

Neben den Projektideen, die innerhalb dieser Strategie vorgestellt werden, wurden die Impulse und Ideen aus den Workshops protokolliert und liegen der Strategie bei.

*Tabelle 2: Anzahl der Teilnehmer*innen bzw. aktiven Beteiligungen*

Format	Teilnehmer*innen
1. Runde Workshops	55 Personen
2. Runde Workshops	32 Personen
Workshop Lokalpolitik	17 Personen
Seniorenbeirat	6 Mitglieder + 2 Besucherinnen
Workshop Jahrgangsstufe 11	Rund 60 Schüler*innen
Umfrage für Bürger*innen	67 Personen
Umfrage für Unternehmen	27 Personen

4.5. Projektumsetzung

Im Fokus der Förderung stand die Erarbeitung einer Smart-City-Strategie mit einem Bürger*innen-zentrierten Problemansatz. Die tatsächliche Umsetzung war nicht Bestandteil der Förderung und ist abhängig von politischen Entscheidungen, Finanzierbarkeit über den Haushalt der Stadt Pinneberg sowie von weiteren Fördermöglichkeiten.

Einige Projektideen und Vorhaben wurden bereits in der Vergangenheit angegangen, sind jedoch aufgrund bestimmter Faktoren und Rahmenbedingungen (noch) nicht realisiert (z.B. Car-Sharing), einige Vorhaben wurden angestoßen und befinden sich aktuell in der Vorbereitung und Umsetzung (z.B. CoWorking). Die Stadt Pinneberg wird für die erarbeiteten Projektideen im Falle geeigneter Förderungen die Antragsstellung hierzu prüfen.

Die vorliegende Smart-City-Strategie ist als ein „lebendiges“, sich weiterentwickelndes Dokument zu verstehen und gilt gleichzeitig als Einladung an Bürger*innen, lokale Akteur*innen oder örtliche Unternehmen, eigenständig Projekte anzustoßen und umzusetzen. Die Stadt Pinneberg ist hierzu stets zu Gesprächen bereit und freut sich darauf, neue potenzielle Kooperationspartner über das Projekt hinaus gewinnen zu können.

5. Workshop-Impulse und Projektideen

Das nachfolgende Kapitel fasst alle im Rahmen des Projekts erarbeiteten Projektideen zusammen. Die Gesamtschau aller Maßnahmen wird hier kurz skizziert. Diejenigen Projektideen, welche im Rahmen der Expert*innen-Workshops durch die Vertreter*innen der Stadtverwaltung als prioritär bewertet worden sind, werden im Anhang ausführlich mit einem Projektsteckbrief vorgestellt (vgl. Anhang I).

Allgemein

Die aktive Mitgestaltung der Bewohner*innen der Stadt Pinneberg ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Strategieentwicklung und deren anschließende Umsetzung. Die Beteiligung von Bürger*innen, Unternehmen und Interessensgruppen ist essentieller Bestandteil dieser vorliegenden Smart-City-Strategie. Frühzeitig wurden die genannten Akteur*innen in den Prozess der Strategieentwicklung einbezogen. Eine strukturierte und wertebasierte Kommunikation nach innen und außen ist für die spätere Umsetzung notwendig. Die Bürger*innen bzw. Nutzer*innen der Angebote sind hier bei allen Prozessschritten und Überlegungen in den Mittelpunkt zu stellen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Mehrwertdienste für die Bürger*innen entstehen, die Akzeptanz finden und das Leben in Pinneberg (noch) lebenswerter gestalten.

Insgesamt verliefen die Workshops, die überwiegend digital stattfanden, ausgesprochen konstruktiv. Die Bürger*innen Pinnebergs nahmen das Angebot wohlwollend an, berichteten offen über die Herausforderungen und Schmerzpunkte der Stadt.

Ein übergreifendes Teilergebnis der Workshops ist, dass (digitale) Beteiligungsprozesse aktuell noch relativ neu für die Stadt Pinneberg und ihre Bürger*innen sind. Gleichzeitig wurden die Veranstaltungen als interessant und wichtig für die weitere Entwicklung der Stadt bewertet.

5.1. Mobilität

Mobilität gehört zu den Kernbereichen einer modernen Stadtgesellschaft, die Anforderungen an Mobilität stiegen in den vergangenen Dekaden kontinuierlich an. Logistik, ÖPNV sowie (nicht-) motorisierter Individualverkehr teilen sich begrenzte Flächen, gleichzeitig ist besonders der Individualverkehr für starken Lärm, Luftemissionen und erhöhte Flächeninanspruchnahme verantwortlich (DIN SPEC 2020).

Die Stadt Pinneberg liegt in der Metropolregion Hamburgs und ist Kreisstadt des am höchsten verdichteten Landkreises in Schleswig-Holstein. Pinneberg ist durch eine gute Infrastruktur charakterisiert – innerhalb von 20 Minuten ist Hamburgs Innenstadt mit Auto oder Bahn erreichbar. Besonders vorteilhaft sind die Verkehrsversanbindungen der A23 mit den Anschlussstellen Pinneberg-Nord, Pinneberg-Mitte, Pinneberg-Waldenau und Pinneberg-Süd; die Bahnlinien Hamburg-Kiel, Hamburg-Westerland und S-/Regio-Bahnlinie Pinneberg-Hamburg mit Anschluss an den Hamburger Verkehrsverbund. Täglich fahren mehr als 200 Züge, damit ist die Bahnlinie einer der am meisten befahrenen Strecken von Nord und Süd. Im Gegensatz dazu fokussiert sich die innerstädtische Mobilität auf den eigenen PKW. In der Stadt sind 1500 kostenpflichte Parkplätze vorhanden. Der innerstädtische Parkraum ist geprägt durch einen Nachfrageüberhang, PKW haben einen Einfluss auf die Lärm- und Emissionsbelastung.

Allgemeine Herausforderungen

Mobilität in Städten, insbesondere in Ballungsgebieten wie Pinneberg, ist für viele Menschen ein großer Schmerzpunkt. Nicht selten sind Verkehrssysteme überlastet und Pendler*innen müssen lange oder zumindest verlängerte Wege in Kauf nehmen. Die Sicherstellung von Mobilität stellt um Kontext des demografischen Wandels, der sozialen Teilhabe, Berufspendler*innen, die Aufrechterhaltung von Freizeitaktivitäten einen wesentlichen Aspekt für Pinneberg dar.

Allgemein herrscht gesellschaftlicher Konsens darüber, dass es in den Kommunen eine nachhaltigere Mobilität geben muss. Verkehrssysteme müssen umgebaut, erneuert und ergänzt werden, um Mobilität in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, negative Externalitäten von Mensch auf Umwelt sollen begrenzt werden. Die digitale Transformation bietet hier Chancen, einigen dieser Herausforderungen unter Berücksichtigung neuer, smarter Technologien zu begegnen. Wichtig erscheint, dass die Gesamtsumme der verfügbaren Optionen ein Mobilitätsansatz bietet, der den persönlichen und individuellen Bedürfnissen entspricht. Das „Wie“ für den Weg der digitalen Transformation hin zu smarten Mobilitätskonzepten ist jedoch nicht vollends klar definiert. Neuartige Mobilitätsangebote der Shared Economy sind noch schwer zu realisieren. Echtes Car-Sharing, nicht stationäres (free-floating) Car-Sharing, Mitfahrdienste (ride-sharing), Rufbus ergänzend zu Mietwagen oder Taxi werden bisher heute punktuell erprobt (DIN SPEC 2020), allerdings noch nicht in Pinneberg selbst.

Viele neue Technologien, wie z. B. mit Sensorik ausgestatteten Parkplätze, Verkehrsleitsysteme, intelligente Ampelschaltung, autonom fahrende Busse, stehen bereits heute in einem umsetzungsreifen Zustand zur Verfügung (Gassmann et al.: 2018). Die Digitalisierung leistet einen Beitrag dazu, dass Informationen und Daten individuell zur richtigen Zeit und am richtigen Ort über Plattformen zur Verfügung gestellt werden können. Innovative Mobilitätslösungen sollen die Teilhabe aller Menschen in Pinneberg ermöglichen.

Impulse aus dem Workshop

Abbildung 8: Impulse aus dem Mobilitätsworkshop

Die Teilnehmer*innen der Workshops bekräftigen die allgemeinen Herausforderungen, mit denen sich heutige Städte konfrontiert sehen. Insbesondere die reale Dominanz des Individual- und Berufsverkehrs wird von den Teilnehmer*innen als negativ empfunden. Gleichzeitig wurde auch für ein wohlwollendes Miteinander plädiert. Nachhaltige Transformation wird nur dann gelingen, wenn die alternativen Angebote keine Verschlechterung des Bekannten bedeuten. Die Impulse sind in Abbildung 8 aufgegriffen.

Projektideen

On-Demand-Shuttle

On-Demand-Services können den ÖPNV in Pinneberg ergänzen, den Fahrplan erweitern und einen Nahverkehr bis in die Stadtrandgebiete komplettieren. Über eine Applikation kann ein Platz in einem Shuttlebus gebucht werden, in den über eine (virtuelle) Haltestelle in Pinneberg hinzuzusteigen ist. Um Barrierefreiheit zu gewährleisten, sollten die Busse die Mitnahme von Rollstühlen, Gehhilfen, Kinderwagen und sonstigen Fortbewegungshilfsmitteln sicherstellen. Die Projektidee leistet einen Beitrag zur Umsetzung der Mobilitätswende.

Ausbau (sicherer/verschließbarer) Unterbringungsmöglichkeiten von Fahrrädern

Vielerorts fehlt es an öffentlichen und sicheren Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Auch wenn am Bahnhof Pinnebergs bereits eine Unterbringungsmöglichkeit für Fahrräder gebaut wurde, wurde diese Idee als ausbaubar identifiziert, da weitere Unterbringungsmöglichkeiten in der Innenstadt und in Randlagen der Stadt den Fahrradfahrer*innen einen zusätzlichen Nutzen (z.B. im Rahmen ihrer Pendelaktivität) stiften würden. Ungenutzte Synergieeffekte im Rahmen der individuellen Mobilität können hier gehoben werden wie z.B. durch die Buchung der Unterbringungsmöglichkeiten via App oder Einbindung in Mobilitätsplattformen. Damit trägt diese Projektidee zur Umsetzung der Mobilitätswende und der Bürger*innenzufriedenheit bei. Diese Projektidee ist bereits in Planung am Bahnhof Nord und Süd.

Car- & Bike-Sharing-Angebote

Sharing-Angebote erhalten Einzug in immer mehr deutschen Städten und sind zentrales Element eines zukunftsorientierten Mobilitätskonzeptes, weil sie zu einer Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturnutzung beitragen. Kommunale Angebote wie Car-/Bikesharing sollen die Mobilitätsmöglichkeiten vor Ort in Pinneberg bedarfsorientiert ergänzen. Hier profitieren die Bürger*innen sowie Pendler*innen der Stadt durch eine verbesserte, individuelle Mobilitätsanbindung. Nutzen sind hier die Steigerung der Akzeptanz von neuen Mobilitätskonzepten sowie Erhöhung der Bürger*innenzufriedenheit.

Weitere Ideen Mobilität:

E-Ladeinfrastruktur

Öffentliche Ladestationen für E-Autos gewinnen immer mehr an Bedeutung und eine flächendeckende E-Ladeinfrastruktur ist zwingende Voraussetzung für die Nutzung dieser neuen Antriebstechnologie. Mehrere Ladesäulen existieren bereits in Pinneberg. Ein weiterer Ausbau zur Förderung der Infrastruktur erscheint sinnvoll und notwendig. Dadurch lassen sich mobilitätsbedingte Emissionen senken. Eine digitale Plattform sollte die Kapazitäten für freie Ladestationen in Echtzeit abbilden und die Nutzung steigern. Nutzen dieser Maßnahme sind hier die Einsparung von CO_2-Emissionen, die Erhöhung der Bürger*innenzufriedenheit sowie Inklusion aller gesellschaftlichen Ziel- und Altersgruppen.

Sensorik im Verkehrsraum

Sensorik im Verkehrsraum kann in Pinneberg eine verkehrsordnungspolitische Maßnahme sein und die Mitarbeitenden der Ordnungsbehörde entlasten. Hier können Sperrflächen oder auch Feuerwehrzufahrten mittels im Boden befindlicher Sensoren die Verkehrsüberwachung unterstützen. Weiterhin sind versenkbare Verkehrspoller am Rathausplatz denkbar.

Multimodale Mobilitätsplattform

Das Anbieten einer multimodalen Mobilitätsplattform für die Pinneberger*innen in Verbindung mit der Organisation von Mitfahrgelegenheiten wie z.B. Mitfahrbänken stellen weitere potenzielle Maßnahmen in der Dimension Mobilität dar.

50/50-Taxen

50/50-Taxen ist ein Konzept, welches ähnlich wie On-Demand-Shuttle, die Fahrpläne des ÖPNV für definierte Zielgruppen erweitert. Senior*innen und/oder Jugendliche Pinnebergs profitieren besonders von dem Angebot. Hierzu bedarf es eines Sponsors wie z.B. Unternehmen oder Krankenkassen, der einen Teil (die Hälfte) der Fahrtkosten der Taxi-Abrechnung trägt. Nutzungszeiträume an Feiertagen oder abends/nachts können festgelegt werden. Vor Fahrantritt hat sich der Fahrgast auszuweisen (digitale Ausgestaltung denkbar), das Taxiunternehmen leitet eine (digitale) Rechnung an die Stadt Pinneberg.

Verbesserung der lokalen Kartenqualität

Projekte zur Verbesserung der lokalen (digitalen) Kartenqualität können einen Beitrag leisten**,** die Attraktivität der Region in und um Pinneberg zu unterstreichen. Denkbar sind kleine Projekte wie das Erstellen von Routen für Aktivitäten wie Radfahren oder Wandern/Spazieren in Zusammenarbeit mit Interessensgruppen wie dem ADFC e.V. oder dem Senior*innenbeirat, die an der Projektumsetzung bzw. der Datenerfassung beteiligt werden könnten.

5.2. Wirtschaft

Der Pinneberger Wirtschaft wurden vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, neben virtuellen Termine wurden Präsenztermine nach Branchen sowie eine Online-Umfrage durchgeführt. Die Resultate der Beteiligung sind im nachfolgenden Abschnitt dargestellt.

Allgemeine Herausforderungen

Durch die zunehmende Bedeutung von Digitalisierung als ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung ist Smart City zum Teil von Strategien integrierter Stadtentwicklung geworden (Soike/Libbe 2018). Smart City kann durch systematische Nutzung der Potenziale digitaler Technologien die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft stärken (Gassmann et al. 2018) und betrifft die ökonomische Konkurrenzfähigkeit einer Stadt(region).

Es gilt, Wirtschaftsakteur*innen, Akteur*innen aus dem Bildungssystem sowie der Stadtgesellschaft einzubeziehen und über Innovation neue Geschäftsfelder zu erschließen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region auch weiterhin zu sichern, lokale Arbeitsplätze zu halten und neue zu schaffen.

Impulse aus den Workshops

Ausbaubare Prozesstransparenz für Unternehmen/Start-Ups wurde im Projektrahmen als ein Anliegen gegenüber der Stadtverwaltung kommuniziert. Es ist nicht immer einseh- bzw. nachvollziehbar, wie weit der Bearbeitungsstatus eines Verwaltungsprozesses fortgeschritten ist. CoWorking-Spaces zum Austausch und als alternative Arbeitsplätze in einem modernen Arbeitsumfeld kristallisierten sich ebenso als Wunsch heraus. Im Rahmen eines Workshops mit Schüler*innen wurde der Wunsch nach einem Jobportal für Aushilfsjobs mit Fokus auf Schüler*innen/Student*innen und Berufseinsteiger*innen unter der Federführung der Stadt Pinneberg artikuliert.

Projektideen

Informationen über Jobs/Stellenausschreibungen

Dass (Fach-)Kräfte auf dem Arbeitsmarkt gesucht werden, ist keine Neuigkeit. Die Stadt Pinneberg kann gezielt einen Beitrag zur Vermittlung zwischen Arbeitskräften und offenen Stellen leisten. Insbesondere Schüler*innen wünschen sich gezielte Informationsangebote über Berufseinstiege oder Aushilfs-/Nebenjobs. Die Website der Stadt könnte hier als „schwarzes Brett“ für Unternehmen oder Start-Ups aus und um Pinneberg fungieren, um lokale Arbeitsplätze prominent auf der Website zu platzieren. Diese Projektidee kann durch den Relaunch der Website gemäß dem Masterplan so zu einer Anlaufstelle für junge, aber auch ältere Arbeitssuchende bzw. Unternehmen, die freie Stellen zu besetzen haben, werden.

Coworking-Spaces

Die SARS-CoV-2-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert. Es ist davon auszugehen, dass mobiles Arbeiten in Form von Home Office in einigen Branchen weiterhin Bestandteil der Arbeitswelt sein wird. Nicht jede/r Arbeitnehmer/in hat jedoch (aufgrund der Wohnsituation) die Möglichkeit, von Hause aus zu arbeiten. Arbeitsplätze in Form von CoWorking-Spaces in der Nähe der eigenen Wohnstätte können dazu beitragen, Pendler*innenströme zu reduzieren und gleichzeitig die Standortattraktivität der Stadt Pinneberg zu steigern. Hier sind verschiedene Ausgestaltungen denkbar: Zentral für Aus-Pendler*innen in der Innenstadt Pinnebergs, für Arbeitnehmer*innen, die in Pinneberg leben, aber außerhalb der Stadt arbeiten. Eine alternative Ausgestaltung wären Arbeitsplätze für Mitarbeitende der Stadtverwaltung Pinnebergs, die nach Pinneberg hineinpendeln.

Prozesstransparenz steigern

Unternehmen und Bürger*innen nehmen z.T. regelmäßig Verwaltungsleistungen bzw. Online-Dienste in Anspruch. Ziel sollte es sein, den Bearbeitungsstand und die geschätzte Bearbeitungsdauer transparent, datenschutzkonform und proaktiv an die Antragsteller*innen zu kommunizieren, um die Prozesse von Unternehmen transparenter/effizienter und Wartezeiten planbarer zu machen. Die für Unternehmen wichtigsten Prozesse müssten identifiziert und in diesem Zug modifiziert werden.

Im Rahmen der Online-Wirtschaftsumfrage haben die teilnehmenden Unternehmen folgende Projektideen und Maßnahmen bewerten können werden. Es kam zu folgenden Ergebnissen:

- **Prozesstransparenz steigern**: 54,55% erachteten diese Maßnahme als „sehr sinnvoll“, 27,27% bewerteten sie als „sinnvoll“. Damit stimmten in Summe 81,82% der Teilnehmenden dieser Projektidee zu.
- **CoWorking-Spaces:** 45,45% der Teilnehmenden stuften dies als „sehr sinnvoll“ ein, 31,82% erachteten dies als „sinnvoll“, in Summe stimmten 77,27% zu.
- **Informationen über Jobs für Schüler*innen und Berufseinsteiger*innen**: 45,45% bewertet dies als „sehr sinnvoll“, 31,82% als „sinnvoll“. 4,55% stimmten allerdings für „nicht sinnvoll“ und 9,09% machten hierzu keine Angabe.

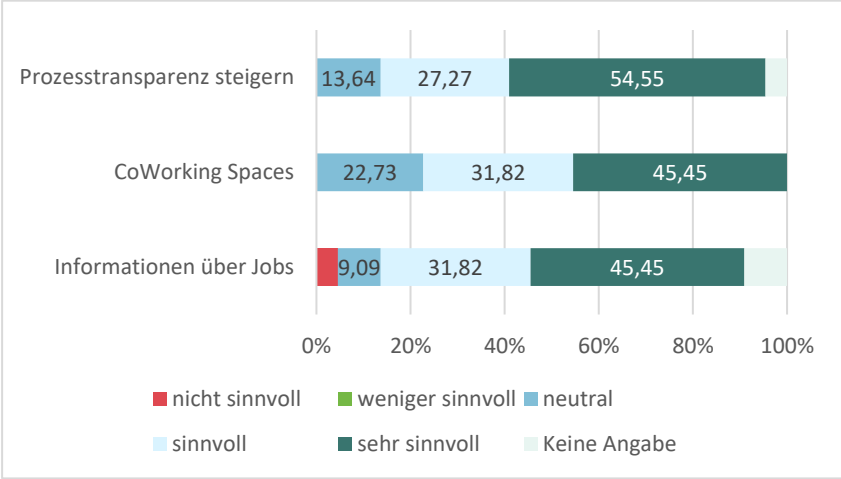


Abbildung 9: Ergebnisse Wirtschaftsumfrage 1 (Angaben in %)

Es ist festzuhalten, dass die Projektideen auf große Zustimmung seitens der teilnehmenden Unternehmensvertreter*innen trafen.

Weitere Ideen Wirtschaft:

Folgende weitere Projektideen wurden im Rahmen der Befragung zur Priorisierung angeboten:

- **Redesign der Website** hin zu einer (auch englischsprachigen) Vermarktung Pinnebergs als Wirtschaftsstandort
- **Unternehmensplattformen** in offenen und regelmäßigen Formaten
- **Netzwerk für Unternehmen** oder Start-Ups sowie spezielle **Unterstützung für Frauen** (Unternehmerinnen)
- **Pop-Up-Stores** für innovative Konzepte

- **Mini-Ausbildungen** für Schüler*innen, um mehr praktische Erfahrungen zu sammeln (z.B. 2-3 Monate) für Jugendliche ab der 7. Klasse.

Hier war eine Mehrfachauswahl durch die Teilnehmenden möglich. Die meiste Zustimmung erhielt das Netzwerk für Unternehmen/Unterstützung für Frauen mit 72,22%, gefolgt von Pop-Up-Stores für innovative Konzepte (50,00%) sowie Mini-Praktika für Schüler*innen sowie Unternehmensplattformen mit jeweils 38,89%.

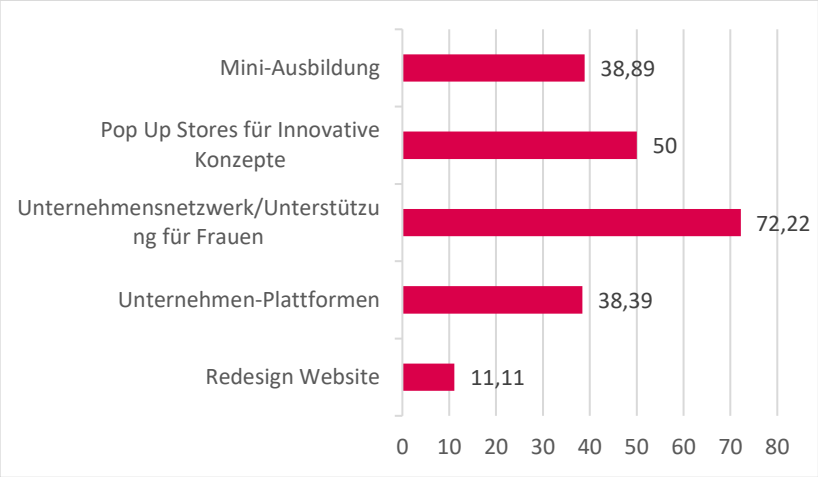
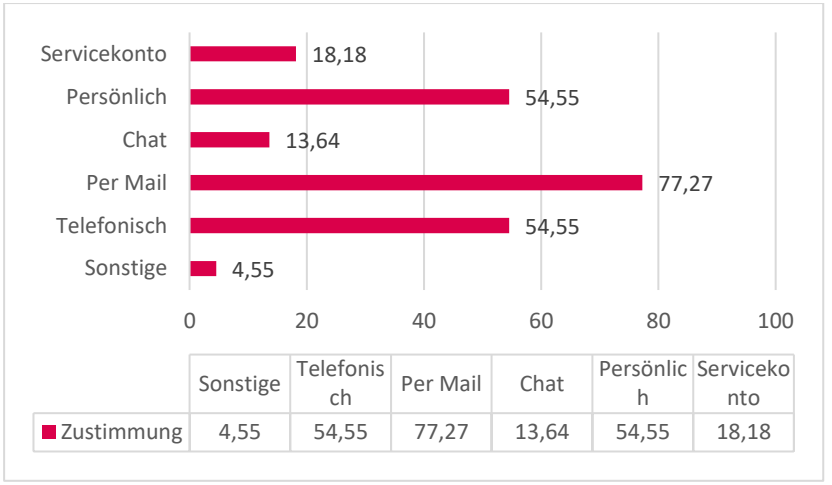


Abbildung 10: Ergebnisse Wirtschaftsumfrage 2 (Zustimmung in %)

Weiterer Bestandteil der Umfrage war die Frage, wie Unternehmen in Zukunft mit der Verwaltung der Stadt Pinneberg kommunizieren möchte.

TOP 3 der gewünschten Kommunikationswege in der Zukunft mit der Stadtverwaltung Pinneberg:

Weiterhin wurden sechs unterschiedliche Kommunikationswege mit der Stadtverwaltung Pinneberg zur Abstimmung gestellt, eine Mehrfachauswahl war hier möglich. Unter die TOP3-Kommunikationsmöglichkeiten wurden **Mailkontakt** (77,27%), **telefonisch** sowie **persönlich** (je 54,55%) gewählt.



	Sonstige	Telefonisch	Per Mail	Chat	Persönlich	Servicekonto
Zustimmung	4,55	54,55	77,27	13,64	54,55	18,18

Abbildung 11: Ergebnisse Wirtschaftsumfrage 3 (Zustimmung in %)

Insgesamt ist festzuhalten, dass Unternehmen sich neben Online-Diensten bzw. einem professionellen Formularmanagement wünschen, dass Bürokratie und Wartezeiten abgebaut werden. Dabei sollten digitale Lösungen Ergänzungen darstellen, aber bestehende, analoge Verfahren nicht vollends ersetzt werden, da der persönliche Kontakt auch zukünftig gewünscht wird.

5.3. Verwaltung

Allgemeine Herausforderungen

Die Digitalisierung bietet unterschiedliche Möglichkeiten für eine umfassende Verwaltungsmodernisierung. Im Rahmen der Daseinsvorsorge leisten Kommunen eine Vielzahl von Dienst- und Verwaltungsleistungen, die durch den digitalen Wandel in den Verwaltungen auf neue Bedürfnislagen und Handlungsoptionen treffen. Bürger*innen und Unternehmen erwarten eine verbesserte und leichtere Beteiligung. Hierunter fallen z.B. Dienste, die nicht mehr ausschließlich in der Behörde vor Ort, sondern auch digital durchgeführt werden können. Im Themenfeld Smart Government können neue Konzepte der Entscheidungsfindung, Bürger*innenbeteiligung und damit die Governance eine Stadt konzipieren werden. Dies umfasst die Themenfelder Partizipation, kommunale Dienstleistungen, Transparenz und offene Daten sowie IKT und E-Government (Gassmann et al.: 2018).

Impulse aus den Workshops

Aus Sicht der Teilnehmer*innen der Workshops war vor allem das Thema der offenen Daten ein besonders wichtiges. Die Teilnehmer*innen merkten an, dass die Stadt Pinneberg über unzählige, nicht schützenswerte Daten verfüge, deren Nutzen aktuell nur sehr beschränkt sei. Um dieses Potential zu entfalten, solle die Stadt die Daten verstärkt in zugänglicher, d. h. in der Regel maschinenlesbarer Form, veröffentlichen. Dies würde neben einer gesteigerten Transparenz auch zu mehr Akzeptanz verhelfen. Auch würde es alternative Angebote ermöglichen, die beispielsweise gezielt auf Menschen mit besonderen Wünschen oder Bedürfnissen zugeschnitten werden könnten. Allgemein wünschen sich die Bürger*innen mehr Möglichkeiten zur Teilnahme und Teilhabe. Hier können insbesondere digitale Angebote wie hybride Sitzungen oder Videokonferenzen mit der Verwaltung dazu beitragen, Barrieren und Hemmnisse zu reduzieren. Hierfür sollen im Rathaus die technischen Möglichkeiten geschaffen werden, um interne Besprechungen, Rats- und Gremiensitzungen als vollwertig hybride Veranstaltungen anbieten zu können.

Abbildung 12: Impulse aus dem Verwaltungsworkshop

Projektideen

Kommunikation ausbauen

Die Anforderungen an Verwaltungen steigen stetig. Bürger*innen und Unternehmen wünschen sich transparente Vorgänge, eine höhere Erreichbarkeit und moderne Kommunikationsmittel, um miteinander zu kommunizieren. Die Stadt Pinneberg möchte den gesteigerten Anforderungen insofern begegnen, als dass sie ihre Kommunikation ausbaut und proaktiv agiert. Die Kommunikationskanäle zu Bürger*innen/Unternehmen sollen ausgebaut werden. Unter Berücksichtigung des Datenschutzes können auch Messenger-Dienste, Social-Media-Kanäle, automatische Statusanzeigen eines Bearbeitungsstandes oder das Vorhalten und Pflegen „digitaler schwarzer Bretter“ in Betracht

gezogen werden. Die Hürden für Bürger*innen/Unternehmen in Kontakt mit der Verwaltung zu treten, sollen abgebaut werden. Gleichzeitig erhält die Verwaltung effektive Möglichkeiten, um Bürger*innen/Unternehmen zu informieren. Die Servicequalität der Verwaltung soll mit dieser Projektidee gesteigert werden.

Videokonferenzen und hybride Sitzungen

Die gesammelten Erfahrungen während der SARS-CoV2-Pandemie sollen weiterhin erhalten bleiben. Es wurde deutlich, dass sowohl hybride Videokonferenzen als auch hybride Sitzungen als eine flexible Ergänzung der Durchführung gesehen werden. Unter hybriden Veranstaltungen sind Ereignisse zu verstehen, die gleichwertig und gleichzeitig analog und digital stattfinden. Hybride Veranstaltungsformate werden bereits z. T. genutzt. Sie sollen mehr Menschen die Teilhabe und Teilnahme am (politischen) Stadtgeschehen in Pinneberg ermöglichen. Dies führt ebenso zu einer gesteigerten Arbeitgeberattraktivität für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Ebenso profitieren Politiker*innen und Bürger*innen von diesem Angebot.

Schulungsvideos

Bei der Einarbeitung von neuen Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung Pinnebergs wie auch bei neuen Politiker*innen können wiederkehrende Inhalte als Video-Medium genutzt werden und damit die persönliche Einarbeitung ergänzt werden. Erfahrene Mitarbeitende werden bei der Einarbeitung neuer Kolleg*innen entlastet. Schulungsvideos ermöglichen einen zeit-und ortsflexiblen ersten Zugang zu komplexen Inhalten. Insbesondere für neue Politiker*innen sind die Abläufe und Zusammenhänge oft fremd und sie benötigten zu Beginn ihrer Amtszeit besondere Unterstützung.

Weitere Ideen:

Zu der gesteigerten Erwartungshaltung gegenüber einer Verwaltung wie die der Stadt Pinneberg gehört eine klare Orientierung an den Bedürfnissen von Bürger*innen, Unternehmen und Prozesse. Online-Dienste können viel einfacher entlang der Lebenslagen von Bürger*innen und Unternehmen strukturiert werden. Es gilt nutzerfreundliche Services anzubieten, die nicht an organisatorischen Grenzen enden, gleichzeitig soll die Transparenz von Vorgängen nach außen gesteigert werden. Hierzu müssen vor der Digitalisierung die Verwaltungsprozesse analysiert und – sofern dies sinnvoll erscheint – neu strukturiert werden. Das umfasst auch das grundsätzliche Hinterfragen und Neuaufstellen von Prozessen. Dies gilt auch für die Modellierung von Verwaltungsprozessen, die eine hohe Kompetenz der Mitarbeitenden erfordern.

Die Stadt Pinneberg macht es sich zur Aufgabe, die eigenen **TOP10-Verwaltungsleistungen**, unter Beteiligung der Mitarbeitenden sowie der Pinneberger Bürger*innen zu identifizieren, zu priorisieren und anschließend umzusetzen, um die Zufriedenheit der Bürger*innen, durch einen zusätzlichen, orts- und zeitunabhängigen Kommunikationskanal, zur Verwaltung zu steigern. Analoge Angebote werden beibehalten, d.h. digitale Angebote ergänzen diese.

Der „**Masterplan Digitale Transformation**“ der Stadt Pinneberg soll **weiter umgesetzt und fortgeschrieben** werden. Dies umfasst u. A. die Einführung einer E-Akte und die Erneuerung der Webseite. Begleitet wird die Transformation der Pinneberger Verwaltung durch ein Changemanagement z.B. in Form von bedarfsorientierten Schulungsmaßnahmen für die zukünftigen Anwender*innen. Neben dem vereinfachten Zugang zur Verwaltung sollen auch interne Steuerungs- und Geschäftsprozesse neu gedacht und Pinneberg sich hin zu einer smarten Verwaltung entwickeln.

Zentral für eine Smart-City-Strategie sind das Erheben und Weiterverwenden von Daten. Die Smart City Pinneberg setzt auf eine leistungsstarke Verwaltung, die unter Berücksichtigung des Datenschutzes die Nutzung und Bereitstellung von Daten eine neue Qualität der Verwaltung schafft. Die Analyse von Daten wird in den nächsten Jahren zu einer zentralen Aufgabe und ermöglicht ein prognose- und szenarienbasiertes Zusammenwirken. Bereits jetzt könnten **offene Daten**, die keinem Schutzbedarf unterliegen, über z.B. das Open-Data-Portal[6] des Landes Schleswig-Holstein veröffentlicht werden. Damit kann die Transparenz für Bürger*innen gesteigert und neue Verwertungszwecke und Angebote für Bürger*innen unter Berücksichtigung des Datenschutzes erstellt werden. Es gilt weiterhin, die Datensouveränität der Stadt zu gewährleisten.

Als weitere Idee zur Digitalisierung von hybriden Sitzungen wurden Push-Benachrichtigungen genannt. „Push-Benachrichtigungen“ könnten für das eigene Smartphone aktiviert werden. Wird ein abonnierter bzw. bestimmter Tagesordnungspunkt in der Sitzung erreicht, erhält der/die Abonnent*in eine automatische Benachrichtigung. Dies ermöglicht die vorübergehende Teilnahme an Sitzungen genau an den Stellen, die für den/die Abonnent*in von besonderer Relevanz sind. Eine Softwareerweiterung des Dienstes ist hierzu notwendig.

[6] https://opendata.schleswig-holstein.de

5.4. Lebens- und Wohnumfeld

Herausforderungen

Unter der Dimension Lebens- und Wohnumfeld sind diejenigen Faktoren zu berücksichtigen, die zur Lebensqualität der Bürger*innen in Pinneberg beitragen, dazu zählt auch das Thema Wohnqualität. Informations- und Kommunikationstechnik werden in einigen dieser Bereiche bereits eingesetzt, gleichzeitig gewinnt selbige zunehmend an Bedeutung.

Impulse aus den Workshops

Abbildung 13: Impulse aus dem Workshop Lebens- und Wohnumfeld

Projektideen

Multifunktionale Gebäude und Flächen

Ziel dieser Projektidee ist es, dass Gebäude nicht nur einen, sondern möglichst viele Mehrwerte für Bürger*innen stiften sollen. Die Division der multifunktionalen Nutzung von Gebäuden soll stetig in das Bewusstsein aller Beteiligten gerufen werden. Damit wird dem Impuls aus den Projekt-Veranstaltungen Rechnung getragen, innovativen Bauvorhaben in der Stadt Pinneberg mehr Raum zu geben. Soziale und nachhaltige Gesichtspunkte des Wohnungsbaus sollen dabei weiterhin verstärkt aufgegriffen werden. Umsetzungsgestaltungen könnten gezielte Begrünung zur Attraktivitätssteigerung und Klimaverbesserung oder z.B. Vertical Gardening sein. Digitale Lösungen bzw. Ergänzungen könnten hier intelligente Sensor- und Bewässerungssysteme für die Pflanzen darstellen.

Das Bewusstsein bei der Bevölkerung über den möglichen Lebenszyklus eines Gebäudes und unterschiedliche Anforderungen orientiert an den Interessen von Bewohner*innen wird gesteigert, unterstützt bspw. auch durch wiederkehrende (digitale) Informationskampagnen (s.u.). So sind Wohn-, Büro-, Einkaufs-, Spiel-und Sportflächen in einem Gebäude oder auf einer Fläche (Belebung der Einkaufsstraße) denkbar und/oder bereits in Planung.

Strategieprozesse ausweiten

Die Ausweitung der Strategieprozesse soll insbesondere dazu beitragen, Entscheidungen, die in Politik und Verwaltung getroffen werden müssen, konzeptionell und mit Beteiligung von möglichst differenzierten Stimmen der Bevölkerung zu unterstützen. Sowohl dieses Smart-City-Projekt als auch die gleichzeitig laufende Befragung zur Neugestaltung des Drostei-Parks haben gezeigt, dass es großes Interesse und Potenzial gibt, Bürger*innen an strategischer Planung zu beteiligen. Die Einbindung von lokalem Expert*innen-Wissen kann dazu bei-

tragen, Widerstände frühzeitig zu erkennen und damit das Konfliktpotenzial zu reduzieren. Dies kann zu gesteigerter Akzeptanz von Entscheidungen führen.

Baumkataster

Der Baumbestand Pinnebergs trägt maßgeblich zum Stadtbild bei. Hauptsächlich bei heißen Temperaturen bieten sie Schatten für Mensch und Tiere und beschattete Flächen wärmen sich weniger stark auf. Um den Baumbestand auch zukünftig zielgerichtet und effizient pflegen, zu erhalten und verwalten zu können, wurde im Rahmen der Workshops die Möglichkeit eines (digitalen) Baumkatasters diskutiert. Ein Baumkataster ermöglicht eine Übersicht des aktuellen Baumbestands und trägt zu besseren Schutzmaßnahmen sowie einem transparenten Management bei. Letztlich trägt ein gesunder und aufwachsender Baumbestand zu einem verbesserten Stadtklima bei und zahlt damit unmittelbar auf das Ziel ein, die Stadt Pinneberg nachhaltiger zu gestalten.

Die Kühlleistung von Bäumen ist abhängig vom lokalen Wasserangebot, wenn Bäume selbst einen Wassermangel haben, können sie diese kühlende Wirkung für die Umgebung nicht effizient erfüllen. Zusätzliche Anforderungen an das Baumkataster könnten die Verwaltung von Brachflächen und versiegelten Flächen sein. So könnte die Vegetation Pinnebergs im erweiterten Sinne besser verwaltet sowie gezielt und langfristig Flächenversiegelung rückgängig gemacht werden.

Weitere Projektideen:

Regionalstrom und Potentialanalyse

Dem Beispiel der Stadt Soest folgend, könnten die Stadtwerke einen eigenen Stromtarif anbieten, ausschließlich in Pinneberg erzeugten Strom umfasst. So könnten zusätzliche Anreize für lokale Stromerzeugung gesetzt werden und Menschen motiviert werden Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien bereit zu stellen, die bislang noch nicht überzeugt werden konnten. Im erweiterten Kontext könnten zudem die vorhandenen Überflugdaten genutzt werden, um besonders ertragreiche Solarflächen zu identifizieren. Die Eigentümer*innen könnten im Nachgang über dieses Potenzial informiert werden. Auch diese Idee trägt dazu bei Bürger*innen zu aktivieren, ihre eigenen Möglichkeiten an der Erzeugung erneuerbarer Energien zu evaluieren.

Kreislaufwirtschaft

Künstliche Intelligenz (KI) und maschinelles Lernen könnten dafür eingesetzt werden, um Kreislaufwirtschaft bei der Planung von neuen Gewerbeflächen zu fördern. Das Mitwirken von Wirtschaftsakteur*innen ist Grundvoraussetzung für diesen Projektimpuls. Ein weiterer, denkbarer Ansatz im Kontext gewerblichen Flächen und Gebäudeplanungen wäre die systematische Erfassung von Daten rund um die Beschaffenheit von Gebäuden. Anschließend könnte mit Hilfe von künstlicher Intelligenz eine Prognose abgegeben werden, welche Substanzen bei einem Abriss anzutreffen sein könnten. Sowohl die gezielte Erschließung wiederverwendbarer Rohstoffe wie auch eine Gefahrenanalyse sind so denkbar.

Wiederkehrende Informationskampagnen

Das menschliche Bewusstsein über die Vorteile der Umstellung auf erneuerbare Energien (Photovoltaik, Wärmepumpen, E-Mobilität) könnte durch öffentliche, (digital unterstützte) wiederkehrende Informations-Kampagnen gesteigert werden, bei der Motivation und Erfahrungswerte geteilt werden.

5.5. Zusammenleben, Bildung und Kultur

Herausforderungen

Das Handlungsfeld betrifft smarte Bürger*innen. Es geht darum, Menschen zu befähigen, sich kreativ zu entfalten und ihnen eine hohe Partizipation am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Konzepte sehen speziell den Einsatz von digitalen Lösungen vor, um den Austausch von Bürger*innen untereinander zu fördern und der Anonymität von Städten im Allgemeinen zu begegnen.

Impulse aus den Workshops

Abbildung 14: Impulse aus dem Workshop Zusammenleben, Bildung und Kultur

Projektideen

Bürgerportal

Das Bürgerportal stellt zukünftig den zentralen Zugangspunkt zu digitalen Verwaltungsleistungen der Stadt Pinneberg dar. Neben der Inanspruchnahme von digitalen Verwaltungsleistungen können auch Angebote der digitalen Daseinsvorsorge über das Bürgerportal genutzt werden. Im Kontext des Smart-City-Projekts bedeutet dies, dass z. B. die Multimodale Mobilitäts-App (vgl. Dimension Mobilität) über das Bürgerportal angeboten werden könnte. Perspektivisch ist auch die Bereitstellung einer Beteiligungsplattform oder die Buchung öffentlicher Ressourcen (wie etwa Sporthallen) darüber denkbar.

Das Bürgerportal ermöglicht dabei ein höheres Maß an Interaktion mit den Bürger*innen, ergänzt jedoch die analog bestehenden Angebote, die nicht vollends ersetzt werden. Das Bürgerportal wird über den IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH) allen Kommunen in Schleswig-Holstein kostenfrei angeboten und bietet die Möglichkeit von Online-Bezahlvorgängen und die Integration des Servicekontos.

Bürger*innen-Umfragen ausweiten

Gezielte Befragungen von Bürger*innen können Stadtverwaltung und Politik unterstützen, schneller einen Konsens zu finden. Bürger*innen können aktiv mitgestalten und frühzeitig eingebunden werden, um ihre Bedürfnisse zu äußern. Denkbar sind hier die Erstellung eines Konzeptes zur Bürger*innenbeteiligung und die Nutzung von Softwarelösungen wie z. B. Consul[7] oder easyfeedback[8], um die (digitale) Teilnahme an der Beteiligung möglichst einfach und niedrigschwellig für Bürger*innen zu gestalten.

[7] https://consulproject.org

[8] https://easy-feedback.de

Wegweiser Lebenslagen

Die Angebote der Stadt sollen systematisch den verschiedenen Zielgruppen zugänglich gemacht werden. Informationen über Spielplätze, Angebote von Sportvereinen und Ehrenamt sollen attraktiv aufbereitet und in digitaler Form zugänglich gemacht werden. Bedürfnisse der Zielgruppen können so besser adressiert werden.

Die Stadt Pinneberg kann hier als zentrale Anlaufstelle fungieren. Denkbar sind hier Themenfelder wie z.B. Familienwegweiser, Senior*innenwegweiser, Wegweiser für Neu-Bürger*innen. Da die Informationen bereits vorhanden sind, kann der Wegweiser zu den einzelnen Themenfeldern sukzessive aufgebaut und erweitert werden. Ein digitaler Wegeweise für Lebenslagen kann durch die beteiligten Akteur*innen selbständig erweitert und aktualisiert werden. Die adressierten Zielgruppen profitieren in besonderem Maße von dem potenziellen Wegweiser.

Weitere Projektideen:

Freizeitangebote ausweiten

Impulse aus den Workshops zielten ebenso auf die Steigerung der Attraktivität Pinnebergs für Familien ab. Es geht darum, Spielflächen für Kinder und Jugendliche auszuweiten und ebenso zu erhalten. (Digitale) Mitbestimmung bei der Auswahl der neuen Spielgeräte sollte mitgedacht werden.

Digitale Museen und Archive

Die Digitalisierung kann den öffentlichen Zugang zu diversen Kulturschätzen Pinnebergs ermöglichen. Dies hat das Potential auch Exponate permanent zu zeigen, welche keinen Platz in der Ausstellung haben. Projektvorhaben könnten die Visualisierung auf einer Website eines Museums sein, um die Angebote von digitalen Museen und Archiven zu erweitern.

Zentrum für Senior*innen

Weitere Anregung für eine Projektidee ist die Etablierung eines sozialen Zentrums für Senior*innen mit attraktiven Angeboten und der Möglichkeit in den Austausch miteinander zu treten. Hier könnten zielgruppenspezifische Angebote zum Thema Digitalisierung erprobt angeboten und ggfs. ergänzt werden (Smartphone-/Tabletnutzung, ggf. Sprechstunde der Verwaltung zu digitalen Angeboten, Digitalisierungslotse, Netzwerke ausbauen, z.B. Senior*innenbeirat).

6. Fazit und Ausblick

Die Stadt Pinneberg hat es sich im Rahmen des Förderprogramms „Digitale Modellkommunen“ zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit dataport.kommunal eine Smart-City-Strategie zu entwickeln. Der Begriff Smart City wird hauptsächlich technik-assoziiert verwendet, gleichzeitig wird dieser auch als eine zukunftsorientierte, intelligente Stadt mit einem gesamtstädtischen Ansatz verstanden. Hierbei sollen technologische Innovationen für eine positive Stadtentwicklung, zur Förderung des Gemeinwohls, Transparenz sowie Kooperation und Umwelt einen Beitrag leisten.

Die vorliegende Smart-City-Strategie stellt eine mögliche Antwort auf die anstehenden Herausforderungen der beiden Megatrends Digitalisierung und Urbanisierung einer vorausschauenden Stadtentwicklung dar. Im Rahmen des Projekts wurden Bedarfe der Stadt Pinneberg identifiziert, Ideen kreiert und Ansätze für die mögliche Umsetzung definiert.

Besonders mitgewirkt haben Schüler*innen, Mitarbeitende der Kernverwaltung sowie des KSP, Politiker*innen, Bürger*innen sowie Interessensvertreter*innen örtlicher Institutionen.

Die Förderung deckt ausschließlich die Phase der Strategieentwicklung ab, die Umsetzung der Ideen war explizit nicht Bestandteil der Förderung. Damit handelt es sich bei dem vorliegenden Dokument um einen legitimierten Fahrplan zur Digitalisierung der Stadt Pinneberg, der den Masterplan Digitale Transformation der Stadtverwaltung aufgreift und um weitere Handlungsfelder der Daseinsvorsorge verfeinert.

Folgende Limitationen des Projekts müssen festgestellt werden: Akteur*innen im Handlungsfeld Gesundheit sowie Unternehmen und Wirtschaftsakteure wurden nur spärlich oder gar nicht erreicht, ebenso Menschen mit Migrationshintergrund sowie Geflüchtete. Menschen mit Behinderung wurden lediglich über Mittler kontaktiert und nicht direkt erreicht.

Für zukünftige Projekte oder ein Fortschreiben der Strategie gilt es, für die genannten Zielgruppen spezifische Formate und Ansprachen zu berücksichtigt und zu implementieren, sodass eine heterogene Teilnehmer*innenschaft gewonnen und alle relevanten Themenbereiche abgedeckt werden können.

Die digitale Transformation soll im Kontext der aktuellen wie auch zukünftigen Herausforderungen einen Nutzen erbringen, um die Stadtverwaltung und Pinneberg als städtischen Raum innovativ und nachhaltig auszurichten und die Attraktivität zu steigern. Aufbauend darauf sind die Maßnahmen zu priorisieren und in die Umsetzungsphase zu überführen. Hier kann ein agiles Projektmanagement notwendig sein, weil interdisziplinär gearbeitet wird und damit eine stetige Erfolgskontrolle in Form eines Soll-Ist-Abgleichs sicherzustellen ist. Eine transparente Projektdokumentation auf Beteiligungsplattformen und Projekt-Website ermöglicht einen permanenten Austausch mit den Bürger*innen der Stadt. Antizipierend sollte ein Digitalisierungsetat im städtischen Haushalt berücksichtigt und eingeplant werden.

Die Stadtverwaltung organisiert die Implementierung der Smart-City-Strategie selbstständig. Hierfür bedarf es einer begleitenden Kommunikationsstrategie, die durch eine zusätzliche Stelle mit unterstützt und getragen werden könnte. Die Kommunikationsstrategie nach innen und außen ist ein wichtiger Bestandteil des Veränderungsmanagementprozesses der Stadtverwaltung Pinnebergs. Die digitale Transformation ist kein Selbstzweck – die erarbeiteten Maßnahmen und Projektideen der Strategie stiften einen Mehrwert für Bürger*innen Unternehmen – der Mensch steht weiterhin im Mittelpunkt. Eine nachhaltige Stadtentwicklung soll gefördert und die Digitalisierung genutzt werden, um eine ökonomische, ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit Pinnebergs zu gewährleisten.

Weiterhin ist festzuhalten, dass eine koordinierte Vorgehensweise eine Voraussetzung für eine zielgerichtete und effiziente Weiterentwicklung der Stadt Pinnebergs ist. Synergieeffekte der digitalen Transformation sind innerhalb der Verwaltung und zwischen den Ebenen zu suchen und zu nutzen (z. B. Förderungen, Beschaffungen, (Befliegung durch das Land), Befahrung der Straßen etc.). Weiterhin ist der Weg zur Smart City mit den strategischen und politischen Zielen, insbesondere mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept, zu verzahnen.

Die digitale Transformation ist eine große Herausförderung für die ca. 11.000 Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland. Neue Kooperationen auf dem Weg zur Smart City/Smart Region sind mit Partnerkommunen, Wissenschaft und Unternehmen einzugehen, um eine neue Kultur der Zusammenarbeit einzuleiten. Interkommunale Zusammenarbeit in Form von verstetigten Austauschrunden mit vergleichbaren Smart-City-Kommunen kommen und die Erprobung von bereits durchgeführten Lösungsansätze sind immanent wichtig. Als ein wichtiger Bestandteil erscheint interkommunale Zusammenarbeit, um die digitale Transformation zu einer smarten Stadtverwaltung zu ermöglichen. Die Stadt Pinneberg erklärt sich bereit in den Austausch mit anderen Kommunen zu treten, um Erfahrungen sowie erworbene Expertise zu teilen und um in Diskussionen um technische Lösungen zu treten.

Die Erarbeitung einer Datenstrategie und der Aufbau einer unabhängigen Datenplattform sind in der langfristigen bzw. perspektivischen Planung entscheidend auf dem Weg hin zu einer Smart City. Die Anforderung und Ziele der Datenerhebung sind in einer Datenmanagementstrategie zu entwickeln. Darüber hinaus ist der Technologieadaptionsprozess zu führen und der Datenzugang für alle Anspruchsgruppen sicherzustellen. Der Umgang mit den erhobenen und verwendeten Daten soll durchgängig verantwortungsbewusst vonstattengehen.

Mit Blick auf die kommende Einführung des Bürgerportals im Jahr 2023 mit Unterstützung des ITVSH wird auch die Kommunikation für Bürger*innen und Unternehmen ein relevantes Thema. Insbesondere die Abgrenzung zur Webseite ist wichtig, damit es zwischen den beiden Angeboten für Bürger*innen nicht zu Irritationen kommt. Es wird empfohlen, die Webseite besonders für statische Inhalte und als unidirektionalen Kanal zu pflegen. Interaktion und dynamische Inhalte (wie z.B. Kalender, Nachrichten aus der Region, etc.) sollten über das Bürgerportal transportiert werden, um hier zusätzliche Anreize für Bürger*innen zu setzen, das Bürgerportal zu nutzen.

Ziel von Smart Cities ist es unter Einsatz von digitalen, fortschrittlichen Technologien, die Lebensqualität der Bürger*innen zu steigern, Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern, sozialen Faktoren zu verbessern. Mit eben diesen Technologien sollen die zukünftigen Megatrends der Urbanisierung und Digitalisierung begegnet werden. Die Stadtverwaltung Pinneberg befindet sich zwischen im Spannungsfeld zwischen dem Begegnen der anstehenden Megatrends und der Sicherstellung der für die digitale Transformation hin zu einer Smart City benötigten finanziellen Ressourcen. Es soll zukünftig sichergestellt werden, dass das Wissen, die Erfahrung sowie die Wünsche der Bürger*innen über Projekte der Stadtverwaltung zugänglich gemacht werden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2021): Smart City Charta. Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten, Bonn, abgerufen unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2021/smart-city-charta-dl.pdf;jsessionid=31851841DD985641A1DA0478FF1B700A.live11311?__blob=publicationFile&v=2

Deutsches Institut für Normung e. V. (2020): Kommunen und digitale Transformation – Übersicht der Handlungsfelder DIN SPEC 91387:2020-08, Beuth Verlag GmbH, Berlin, abgerufen unter: https://www.beuth.de/de/technische-regel/din-spec-91387/326373721

Deutsches Institut für Urbanistik (2019): Was ist smart city, Digitale Transformation, Digitaler Wandel, abgerufen unter: https://staedtetag.blog/2019/05/26/was-ist- smart- city- digitale- transformation- digitaler- wandel- wen- betrifft s- wem- hilfts- wer- brauchts/

Gassmann, Oliver; Böhm Jonas; Palmié, Maximilian (2018): Smart City – Innovation für die vernetzte Stadt. Geschäftsmodelle und Management, Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München

Heuermann, Roland; Tomenendal, Matthias; Bressem, Christian (Hrsg.) (2017): Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden. IT-Organisation, Management und Empfehlungen, Springer Gabler, Wiesbaden

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2022): Gemeinsam den Wandel gestalten. Die UN-Nachhaltigkeitsziele, abgerufen unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/die-un-nachhaltigkeitsziele-1553514

Stadt Pinneberg (2020): Masterplan Digitale Transformation 2020-2025. Vorgehen und Maßnahmen der digitalen Umgestaltung der Stadt Pinneberg, abgerufen unter: https://pinneberg.de/fileadmin/user_upload/fbi/egovernment/egov-masterplan.pdf

SMARTCity Gera (2021): Leben.Wohnen.Arbeiten, abgerufen unter: https://unser.gera.de/wp-content/uploads/2021/06/2021-06-21_Entwurf_SMARTCity_Strategie_Versand.pdf

Soike, Roman; Libbe, Jens (2018): Smart Cites in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, in: Difu Papers, abgerufen unter: https://difu.de/publikationen/2018/smart-cities-in-deutschland-eine-bestandsaufnahme

Glossar

Das vorliegende Glossar orientiert sich hauptsächlich an der DIN SPEC 91387:2020 des Deutschen Instituts für Normung e.V. (s. DIN (2020)).

A

digitale Agenda

Grundsätze und strategischer Handlungsrahmen für eine Gebietskörperschaft, die Handlungsfelder der digitalpolitischen Aktivitäten der entsprechenden Ebene (Bund, Ländern, Kommunen) festlegt

C

Chabot

Chatbot ist eine Anwendung, die Künstliche Intelligenz verwendet, um sich mit Menschen in natürlicher Sprache zu unterhalten.

D

Datenschutz

Sammelbegriff für die in verschiedenen Gesetzen zum Schutz von personenbezogenen Daten angeordneten Rechtsnormen und Maßnahmen.

Digitale Transformation

Der Begriff digitale Transformation beschreibt einen Veränderungsprozess, der durch digitale Technologien herbeigeführt wird. Er prägt sowohl die Wirtschaft (Unternehmen) als auch die Gesellschaft (Bürger*innen).

G

Geoinformationssystem (GIS)

Im Rahmen dieses Dokuments ist hiermit insbesondere die Software gemeint, mit der räumliche Daten (z. B. die Position von Straßenlaternen, Bäumen oder Flächenbegrenzungen) dargestellt werden können. Neben der Darstellung ist auch die Erfassung, Bearbeitung und Analyse dieser Daten möglich.

I

IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH)

Kommunales Kompetenzzentrum für Digitalisierung im Land Schleswig-Holstein unter Trägerschaft aller Kommunen.

L

Lebenslagen

Thematisches Strukturierungsinstrument für Verwaltungsleistungen in der Behörden-Kund*innen-Kommunikation mit Hilfe der abstrakten Bezeichnung eines Bedürfnisses, eines Wunsches, eines Rechts, eines Ereignisses oder einer Situation in ihrem bzw. seinem Leben ergibt, und Handlungen, Dienstleistungen, Informationen oder eine Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung erfordert.

K

Konsolidierung

Das Wort „Konsolidierung“ ist lateinischen Ursprungs: „(con)solidare“ bedeutet so viel wie „etwas festmachen“, „verstärken“ oder „zusammenfügen“.

künstliche Intelligenz (KI)

Die künstliche Intelligenz beschäftigt sich mit Methoden, die es einem Computer ermöglichen, solche Aufgaben zu lösen, die, wenn sie vom Menschen gelöst werden, Intelligenz erfordern. Künstliche Intelligenz ist zudem durch stetiges (Selbst-)Lernen charakterisiert.

M

Multimodalität

intermodaler / Multimodaler Verkehr bedeutete die Kombination verschiedener Verkehrsträger bei der Durchführung einer Verkehrsleistung.

O

On-Demand Shuttle

On-Demand-Shuttle bezeichnet im ÖPNV eine Form der Personenbeförderung, die Passgiere auf Anfrage flexibel zwischen Haltepunkten in einem Gebiet befördert. Die Fahrt findet unabhängig von einem Fahrplan oder einem Linienweg statt, wobei unterwegs Fahrgäste ein- und aussteigen dürfen und das Fahrzeug nicht alleine genutzt wird.

Open Data

Für jede Person ohne jegliche Einschränkungen nutzbare, einsehbare und weitervereinbare öffentliche Daten.

Onlinezugangsgesetz (OZG)

On-Demand-Shuttle bezeichnet im ÖPNV eine Form der Personenbeförderung, die Passgiere auf Anfrage flexibel zwischen Haltepunkten in einem Gebiet befördert. Die Fahrt findet unabhängig von einem Fahrplan oder einem Linienweg statt, wobei unterwegs Fahrgäste ein- und aussteigen dürfen und das Fahrzeug nicht alleine genutzt wird.

S

Sensorik

Die Wissenschaft und die Anwendung von Sensoren zur Messung und Kontrolle von Veränderungen von technischen Systemen, wobei in der Regel nichtelektrische Messgrößen in elektrische Signale umgewandelt werden.

Sharing Dienste

Sharing-Dienste bieten auf digitale Plattformen an, Gegenstände oder Dienstleistungen zu teilen, statt sie zu besitzen.

Smart City

Siedlungsraum, in dem in wesentlicher Form systemisch (ökologisch, sozial und ökonomisch) nachhaltige Produkte, Dienstleistungen, Technologien, Prozesse und Infrastrukturen eingesetzt werden, um die Bedarfe der Menschen und der Stadtgesellschaft smart zu befriedigen.

T

digitale Transformation

erhebliche Veränderungen des Alltagslebens, der Wirtschaft und der Gesellschaft durch die Verwendung digitaler Technologien und Techniken sowie deren Auswirkungen.

V

offene Verwaltung

auf den Prinzipien der Transparenz, der Integrität, der Verlässlichkeit und der Partizipation beruhende Öffnung der öffentlichen Verwaltung (d. h. alle Ebenen des Staates: Bund, Länder, Kommunen) gegenüber der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Vertical Gardening

ist ein moderner Ansatz urbaner Architekturgestaltung. Generell geht es darum, dass alle Bepflanzungen vertikal an Hausfassaden angebracht sind und/oder wachsen. Betroffen sind hiervon Hauswände, Balkone, Terrassen und auch Innenräume.

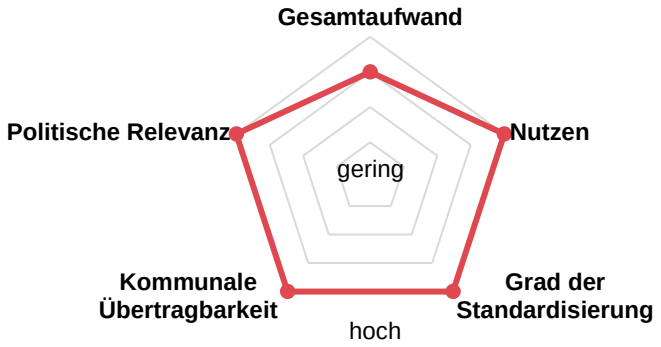
Anhang

Anhang 1: Beschreibung der Maßnahmen

Der vorliegende Anhang 1 zeigt die im Projekt *Smart.Smarter.Pinneberg?!* erarbeiteten potenziellen Maßnahmen. Alle Maßnahmenergebnisse werden übersichtsartig und standardisiert in einem Projekt-Canvas zusammengefasst. Die Projektideen werden pro bearbeiteter Dimension (*Mobilität*, *Verwaltung*, *Wirtschaft*, *Zusammenleben, Bildung und Kultur* sowie *Lebens- und Wohnumfeld*) kritisch gewürdigt.

Neben erforderlichen Rahmenbedingungen, benötigten Ressourcen, Chancen und Risiken werden auch die möglichen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (United Nations, UN) dargestellt. Die insgesamt 17 Ziele der UN werden zum besseren Verständnis für den Lesenden im Anhang 2 ergänzt.

Projektidee: Mobilität **Car- und Bikesharing**	
Ziel und Zweck des Projekts	Schaffung einer Plattform für das Ausleihen von (Lasten-)Fahrrädern sowie PKW. Beides ermöglicht individuelle Mobilität ohne das Vorhalten eines eigenen PKW.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Einführung von Bike- und Carsharing-Angeboten in der Stadt Pinneberg. Damit wird die Nutzung dessen für Bürger*innen ermöglicht.
Benötigte Ressourcen	Personalressourcen (u.A. FB III), Infrastruktur sowie Betreuung der Fahrrad- und Auto-Ausleihangebote, ggfs. wird externer Dienstleister benötigt.
Rahmenbedingungen	Die Politik müsste einen Auftrag zur Anbieterfindung erteilen.
Projektteam	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Schaffung von niedrigschwelligen Mobilitätsangeboten • Einsparung von Parkflächen • Risiko, dass kein Anbieter für Durchführung gefunden werden kann.
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Angestellte der Verwaltung, Bürger*innen, Stadtwerke Pinneberg, FFW
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	• Anreiz zur Nutzung von Fahrrädern • Anreiz zur Meidung eines privaten PKW • Niedrigschwelliges Mobilitätsangebot
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#03: Gesundheit und Wohlergehen #05: Gleichberechtigung der Geschlechter #09: Innovation und Infrastruktur #10: Ungleichheiten reduzieren #12: Nachhaltige Städte und Gemeinden #13: Maßnahmen zum Klimaschutz
Erste / Initiale Anforderungen	Bedarfs- und Machbarkeitsanalyse
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	• Anreize für die Nutzung des ÖPNV, ergänzt durch individuelle Sharing-Angebote. • Bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf. • Einsparung von Parkflächen im städtischen Raum
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	Finanzierung, Anbieter für beide Angebote für die Umsetzung gewinnen und binden, Datenschutz, geeignete Standorte identifizieren



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Bike- & Carsharing-Angebote

Kurzfassung

Die Sharing Economy erfreut sich immer größerer Beliebtheit getreu dem Motto „teilen statt besitzen“. Auch in Städten und Metropolregionen steigen die Angebote vor Ort stetig.

Initiierung des Projekts

Festlegung der Projektziele gemeinsam mit der Politik.

Festlegung der Qualitätsziele. Welche Erwartungen und Mindestanforderungen gibt es an Bike- bzw. Carsharing-Angebote?

Entscheidung, wie Bürger*innen von Beginn an eingebunden werden können, um Akzeptanz zu steigern.

Markterkundung, ob und in welcher Form verfügbare Angebote bei der Umsetzung unterstützen können.

Zusammenstellung eines möglichst breitaufgestellten Projektteams aus Verwaltung, Politik, Bürger*innen und lokalen Akteur*innen, soweit möglich.

Meilensteine

MS 1:
Der Projektrahmen und die Projektziele sind mit allen Projektbeteiligten (Lokalpolitik, Verwaltung, Gleichstellungs- und Datenschutzbeauftrage, Personalrat etc.) abgestimmt. Die Entscheidung für interne oder externe Umsetzung ist erfolgt.

MS 2:
Die Markterkundung zur möglichen Unterstützung des jeweiligen Umsetzungsszenarios ist abgeschlossen und die Ergebnisse sind in den Ausschreibungen berücksichtigt.

MS 3:
Die Ausschreibungen zur Bereitstellung der Sharingangebote sowie ggf. der Unterstützung durch externe Dienstleister wurden erfolgreich durchgeführt.

MS 4:
Eine Pilotierungsphase wurde erfolgreich durchgeführt.

MS 5:
Das Projekt geht in den Regelbetrieb über, ggfs. quantitative Erweiterung des Angebots.

Annahmen für Kostenrahmen

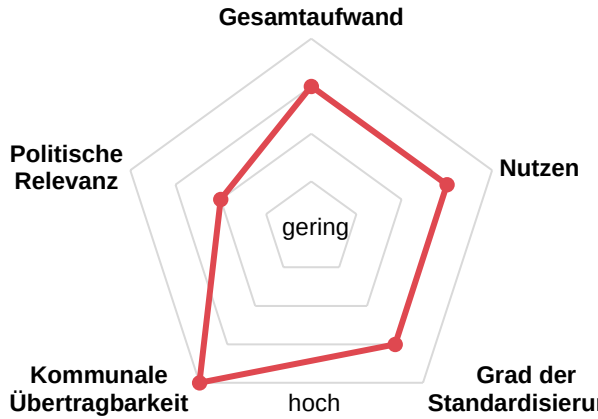
Der Erfahrungsaustausch mit Kommunen, die bereits BikeSharing (Full service, d. h. Wartung und Verteilung der Fahrräder) einsetzen zeigt, dass bei einem Betrieb durch die Stadt mit Kosten in Höhe von ca. 80.000 – 150.000€ p.a. zu rechnen sind.

Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Machbarkeit
- Datenschutz

Projektidee: Mobilität **Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten von Fahrrädern**	
Ziel und Zweck des Projekts	Weitere sichere (abschließbare) Möglichkeiten zur Unterbringung von Fahrrädern /-anhängern an relevanten Stellen platzieren. Fahrräder sind ein attraktiver Baustein für ein multimodales Verkehrssystem.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs als Alternative zum privaten PKW. Zielgruppe insbesondere Berufspendler*innen, die regelmäßig ihr Fahrrad in Verbindung mit dem ÖPNV nutzen. Die Attraktivität des „autofreien Pendeln“ wird damit gefördert.
Benötigte Ressourcen	Unterbringungsmöglichkeiten in Form von abschließbaren Boxen o. Ä.
Rahmenbedingungen	Politik erteilt der Verwaltung den Auftrag, einen Anbieter zu finden.
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Steigerung der Attraktivität der Fahrradnutzung • Synergieeffekte mit weiteren Maßnahmen der Dimension Mobilität • Risiko, dass Komplexität den Ablauf stört, Gegenmaßnahme: Regie und Schulungen.
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Politiker*innen, Angestellte der Verwaltung, Bürger*innen, Unternehmen und Vereine
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	• Einsparung von Emissionen • Attraktivität für junge Familien (insb. Mütter)
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#03: Gesundheit und Wohlergehen #05: Gleichberechtigung der Geschlechter #09: Innovation und Infrastruktur #10: Ungleichheiten reduzieren #12: Nachhaltige Städte und Gemeinden #13: Maßnahmen zum Klimaschutz
Erste / Initiale Anforderungen	Finanzierung weiterhin sicherstellen
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	• Anreize für Fahrradnutzung, gleichzeitig Hemmnisse für die Wahl der Nutzung abbauen • Flexibilisierung der Fortbewegungsmöglichkeiten von Bürger*innen, die auf PKW verzichten wollen • Räumliche Entlastung in Bus und (S-)Bahn
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	Finanzierung, Identifizierung und Priorisierung relevanter Orte.



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten von Fahrrädern

Kurzfassung

Es gilt, die Nutzung alternativer Fortbewegungsmittel wie den ÖPNV, Fahrräder oder sonstige klimafreundlichere Möglichkeiten durch Maßnahmen der Stadtentwicklung zu fördern. Insbesondere Berufspendler*innen können durch sichere Unterbringungsmöglichkeiten der eigenen Fahrräder profitieren.

Initiierung des Projekts

Festlegung der Projektziele gemeinsam mit der Politik.

Festlegung der Qualitätsziele. Welche Erwartungen und Mindestanforderungen gibt es an (weitere) Fahrradunterbringungsmöglichkeiten?

Entscheidung, wie Bürger*innen von Beginn an eingebunden werden können, um Akzeptanz zu steigern sowie um Orte besonderen Interesses zu identifizieren.

Markterkundung, ob und in welcher Form verfügbare Angebote bei der Umsetzung unterstützen können.

Zusammenstellung eines möglichst breitaufgestellten Projektteams aus Verwaltung, Politik, Bürger*innen und Interessensgruppen, soweit möglich.

Meilensteine

MS 1:
Der Projektrahmen und die Projektziele sind mit allen Projektbeteiligten (Lokalpolitik, Verwaltung, Bürger*innen und weiteren relevanten Interessensgruppen) abgestimmt. Die Finanzierung und Anforderungen des Vorhabens sind gesichert.

MS 2:
Die Markterkundung zur möglichen Unterstützung des jeweiligen Umsetzungsszenarios ist abgeschlossen und die Ergebnisse sind in den Ausschreibungen berücksichtigt.

MS 3:
Die Ausschreibungen zur Beschaffung der Unterbringungsmöglichkeit erfolgreich durchgeführt.

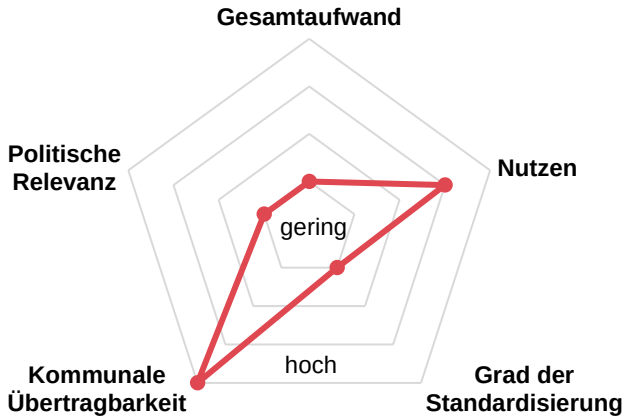
MS 4:
Die Unterbringungsmöglichkeiten wurden geschaffen und stehen der der Allgemeinheit zur Verfügung.

Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Finanzierung
- Weitere rechtliche Prüfungen

Projektidee: Mobilität **On-Demand Shuttle**	
Ziel und Zweck des Projekts	Flexible Nutzung unabhängig von starren Fahrplänen und bedarfsgerechte Routenführung als ergänzendes Angebot.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Ähnlich Rufbussen oder Sammeltaxen ergänzen On-Demand Shuttle den ÖPNV, zu Randzeiten wie z.B. an Wochenenden oder Abenden. Nutzende können diesen unabhängig von festen Fahrplänen in Anspruch nehmen und Fahrten flexibel Durchführen.
Benötigte Ressourcen	Fahrgäste, Personalressourcen (u.A. FB III), Verkehrsbetreiber oder Anbieter ist nötig, der Fahrten durchführt. Ggfs. Entwicklung oder Mitentwicklung an einer App, die den On-Demand Service ermöglicht.
Rahmenbedingungen	Politik erteilt der Verwaltung den Auftrag, einen Anbieter zu finden.
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wird gestärkt • Risiko, dass Angebot nicht genutzt wird, da es den Zielgruppen unbekannt ist. Gegenmaßnahme: Umfangreiche Werbekampagne vor oder zum Umsetzungsstart.
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Politiker*innen, Angestellte der Verwaltung, Bürger*innen, Unternehmen und Vereine
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	• Gruppenfahrten statt Einzelfahrten • Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind, werden flexibler in der Nutzung.
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#05: Gleichberechtigung der Geschlechter #09: Innovation und Infrastruktur #10: Ungleichheiten reduzieren #12: Nachhaltige Städte und Gemeinden
Erste / Initiale Anforderungen	Strecken mit zusätzlichem Bedarf an On-Demand Shuttles (mit Hilfe von Bürger*innen) identifizieren und Verkehrsbetreiber finden, der Fahrten anbietet.
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	• Individualisiertes Verkehrsangebot leistet einen Beitrag zur Gleichstellung • Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wird attraktiver.
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	Ausreichende Fahrgastzahlen, Verkehrsbetreiber/Anbieter müssen Pinneberg als Anbieter annehmen, was bisher nicht möglich ist.



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: On Demand Shuttle

Kurzfassung

On Demand Shuttle können die Lücken in Fahrplänen des ÖPNV schließen und damit die Nutzung des ÖPNV attraktiver machen. Zielgruppen sind grundsätzlich alle Bewohner*innen der Stadt Pinneberg, insbesondere Jugendliche und Frauen sollen im Fokus stehen. Sinnvoll erscheinen Randzeiten wie z.B. abends und an Wochenenden, um das Fahrangebot zusätzlich zu ergänzen.

Initiierung des Projekts

Markterkundung und Kontaktaufnahme mit Verkehrsbetrieben zu Beginn der Initialisierungsphase.

Zusammenstellung eines möglichst breitaufgestellten Projektteams aus Verwaltung, Politik, Bürgerinnen und lokalen Akteur*innen, soweit möglich.

Festlegung der Projektziele, ggfs. gemeinsam mit der Politik und Bürger*innen und weiteren relevanten Akteuren.

Festlegung der Qualitätsziele. Welche Anforderungen werden an On Demand Shuttle und dessen Service gestellt.

Bürger*innen von Beginn an beteiligen, neben Akzeptanz zu erlangen sollen auch tatsächliche Bedarfe eruiert werden.

Meilensteine

MS 1:
Der Projektrahmen und die Projektziele sind mit allen Projektbeteiligten (Lokalpolitik, Verwaltung, Bürger*innen und Unternehmen) abgestimmt.

MS 2:
Die Markterkundung zur möglichen Unterstützung des jeweiligen Umsetzungsszenarios ist abgeschlossen und die Ergebnisse sind in den Ausschreibungen berücksichtigt.

MS 3:
Erste Pilotphase werden durchgeführt und positiv evaluiert.

MS 4:
Das Projekt geht in den Regelbetrieb über, nachdem die Pilotphase erfolgreich war.

Annahmen für Kostenrahmen

*Recherche Fördermittel und Förderquote, Mögliche Marktteilnehmer*innen:*

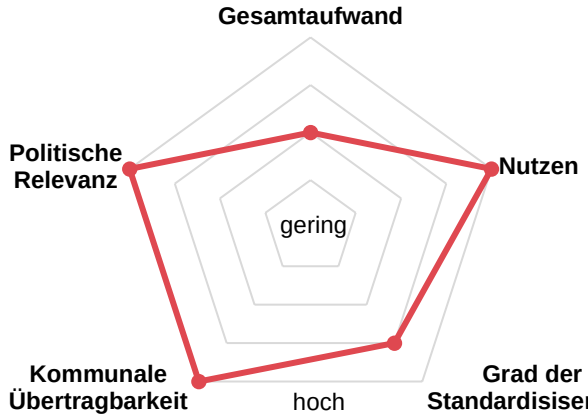
Bundesministerium für Verkehr „mFund“ Förderungen adressieren Mobilitätsthemen. Förderung muss im Einzelfall geprüft werden. (Eigen-) Entwicklungen werden relativ gut finanziert durch Förderungen, wenn es um langfristigen Betrieb geht, selten Ansatz von Förderungen.

Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Bereitschaft eines Anbieters / Verkehrsbetriebs
- Finanzierung
- Weitere rechtliche Prüfungen

Projektidee: Verwaltung **Videokonferenzen und hybride Ratssitzungen ausbauen**	
Ziel und Zweck des Projekts	Die positiven Erfahrungen sollen auch nach der Pandemie erhalten bleiben. Hybride Videokonferenzen werden als flexible Ergänzung gesehen und sollen weiter professionalisiert werden.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Einführung und Betrieb von Videokonferenzlösungen für das Rathaus sowie für Rats- und Gremiensitzungen, um hybride Veranstaltung zu ermöglichen, die die Bedürfnisse aller Teilnehmer*innen weitgehend berücksichtigen.
Benötigte Ressourcen	Ausstattung für die Aufzeichnung und Übertragung von Bild und Ton. Regieunterstützung. Schulungen zum Umgang und Ablauf der Veranstaltungen.
Rahmenbedingungen	Änderung der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlich, um virtuell beschlussfähig zu sein.
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Höhere Teilnahme an Veranstaltungen • Höhere Attraktivität der politischen Ämter wegen besserer Vereinbarkeit • Möglichkeit junge Leute ortsunabhängig zu erreichen • Steigerung der Arbeitgeberattraktivität Pinnebergs • Risiko, dass Komplexität den Ablauf stört, Gegenmaßnahme: Regie und Schulungen.
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Politiker*innen, Angestellte der Verwaltung, Bürger*innen, Unternehmen und Vereine
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	• Wegzeiten werden reduziert • Menschen die Pflegearbeit leisten erhalten einen einfacheren Zugang um an Veranstaltungen teilzunehmen • Unternehmen erhalten einfacher Einblicke in politische Themen
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#05: Gleichberechtigung der Geschlechter #09: Innovation und Infrastruktur #10: Ungleichheiten reduzieren #12: Nachhaltige Städte und Gemeinden
Erste / Initiale Anforderungen	Mobile Videokonferenzsysteme für die Besprechungsräume des Rathauses
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	• Stärkere Teilnahme an politischen Veranstaltungen. • Bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf.
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	Datenschutz, technische Anforderungen, IT-Sicherheit, personelle Betreuung der Regie



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Videokonferenzen und hybride Ratssitzungen ausbauen

Kurzfassung

Die positiven Erfahrungen, die im Umgang mit Videokonferenzsystemen während der Pandemie gesammelt werden konnten, sollen auch nach der Pandemie erhalten bleiben. Hybride Videokonferenzen werden als flexible Ergänzung zu Veranstaltungen vor Ort gesehen. Digitale Medien sollen die analogen Angebote unterstützen und für weitere Menschen zugänglich machen, diese jedoch nicht ersetzen.

Initiierung des Projekts

Festlegung der Projektziele gemeinsam mit der Politik. Soll zunächst das Rathaus ausgestattet werden, oder sollen auch Gremiensitzungen übertragen werden.

Festlegung der Qualitätsziele. Welche Erwartungen und Mindestanforderungen gibt es an Videokonferenzsysteme und hybride Veranstaltungen?

Entscheidung, wie Bürger*innen von Beginn an eingebunden werden können, um Akzeptanz zu steigern.

Prüfung in wie weit lokale Ressourcen wie etwa das YouPi!-Team des Geschwister-Scholl-Hauses eingebunden werden könnten.

Markterkundung, ob und in welcher Form verfügbare Angebote bei der Umsetzung unterstützen können.

Zusammenstellung eines möglichst breitaufgestellten Projektteams aus Verwaltung, Politik, Bürgerinnen und lokalen Akteur*innen, soweit möglich.

Meilensteine

MS 1:
Der Projektrahmen und die Projektziele sind mit allen Projektbeteiligten (Lokalpolitik, Verwaltung, Gleichstellungs- und Datenschutzbeauftrage, Personalrat etc.) abgestimmt. Die Entscheidung für interne oder externe Umsetzung ist erfolgt.

MS 2:
Die Markterkundung zur möglichen Unterstützung des jeweiligen Umsetzungsszenarios ist abgeschlossen und die Ergebnisse sind in den Ausschreibungen berücksichtigt.

MS 3:
Die Ausschreibungen zur Beschaffung der Hardware sowie ggf. der Unterstützung durch externe Dienstleister wurden erfolgreich durchgeführt.

MS 4:
Erste Pilotveranstaltungen sind dank der im Vorfeld durchgeführten Schulungen erfolgreich durchgeführt worden.

MS 5:
Das Projekt geht in den Regelbetrieb über.

Annahmen für Kostenrahmen

Interne Umsetzung:

Die Kosten für die Anschaffung der Hardware werden auf 20.000 – 30.000 € geschätzt.

Externe Umsetzung: Stand 6.7.2022

Dataport erarbeitet aktuell ein Angebot für Kommunen, um virtuelle Ratssitzungen zu begleiten. Eine Schätzung des Kostenrahmens ist aktuell nicht möglich.

Ggfs. Prüfung der des Programms „Digitale Knotenpunkte“ im Jahr 2023 zur Antragsstellung.

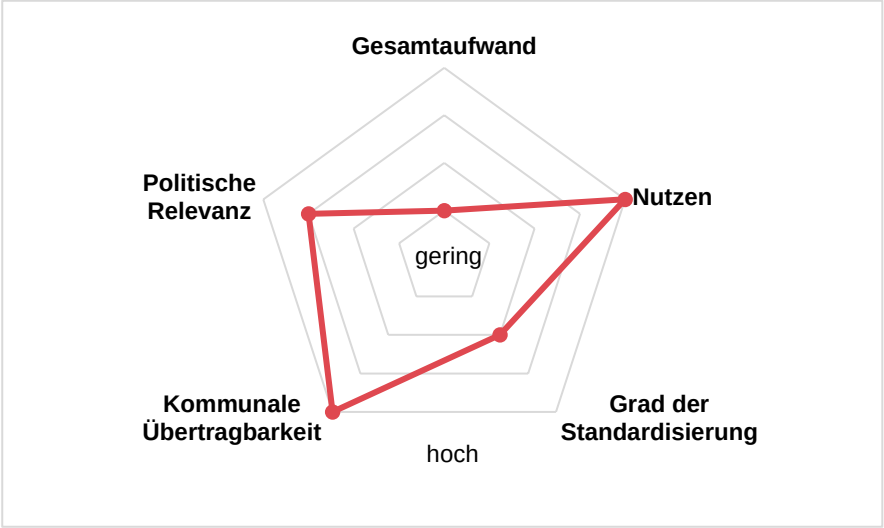
Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Technische Machbarkeit
- Datenschutz
- Fragen der IT-Sicherheit (für Themen mit Ausschluss der Öffentlichkeit)
- Einschätzung des Personalrats
- Weitere Rechtliche Prüfungen
- Barrierefreiheit

Projektidee: Verwaltung **Kommunikation ausbauen**	
Ziel und Zweck des Projekts	Die Kommunikationskanäle zu Bürger*innen sollen ausgebaut werden. In Betracht sollen auch Messenger-Dienste kommen.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Einführung und Betrieb von potenziellen Messenger-Diensten. Die Hürden für Bürger*innen und Unternehmen mit der Verwaltung in Kontakt zu treten sollen abgebaut werden. Gleichzeitig erhält die Verwaltung effektive Möglichkeiten um Bürger*innen und Unternehmen zu informieren.
Benötigte Ressourcen	Personalressourcen (u.A. Büro Bürgermeister*in), Software / Messenger die den Anforderungen der Stadt Pinneberg Rechnung trägt.
Rahmenbedingungen	Veränderte Erwartungshaltung von Bürger*innen und Unterhemen an die Verwaltung, die auch auf alternativen Wegen digital erreichbar sind.
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Verwaltung ist erreichbarer für Bürger*innen und Unternehmen, Hürden werden abgebaut • Risiko: Bedenken über KI und neuer Software, Gegenmaßnahme: Changemanagement und Schulungen.
Wichtige Stakeholder	Angestellte der Verwaltung, Bürger*innen, Unternehmen, Vereine
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	• Abbau von Kommunikationshemmnissen • Erreichen weiterer Zielgruppen • Schaffung eines papierlosen Kommunikationskanal • Beitrag zur Demokratieförderung

Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#05: Gleichberechtigung der Geschlechter #09: Innovation und Infrastruktur #10: Ungleichheiten reduzieren #12: Nachhaltige Städte und Gemeinden
Erste / Initiale Anforderungen	Anforderungsanalyse und Markterkundung
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	• KI in Form von Chatbots unterstützt und trägt zu Entlastung der Verwaltungsmitarbeitenden bei.
Limitationen: Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden	Datenschutz und Datensicherheit, Akzeptanz bei Bürger*innen und Unternehmen



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Kommunikation ausbauen

Kurzfassung

Die Kommunikationskanäle zu Bürger*innen sollen ausgebaut werden. In Betracht sollen auch Messenger-Dienste kommen. Die Hürden für Bürger*innen in Kontakt mit der Verwaltung zu treten sollen abgebaut werden. Gleichzeitig erhält die Verwaltung effektive Möglichkeiten um Bürger*innen zu informieren. Chatbots und KI entlasten die Verwaltungsmitarbeitenden.

Initiierung des Projekts

Festlegung der jeweiligen Projektziele gemeinsam mit allen relevanten Stakeholdern.

Festlegung der Qualitätsziele. Welche Erwartungen und Mindestanforderungen gibt es an den Messenger und welche alternativen Kommunikationskanäle gibt es?

Entscheidung, wie Bürger*innen von Beginn an eingebunden werden können, um Akzeptanz zu steigern.

Prüfung in wie weit weitere Verwaltungen ähnliche Lösungen bereits in Einsatz haben oder Planen einzuführen um ggfs. Erfahrungen bzw. erste Erkenntnisse abzugreifen.

Markterkundung, ob und in welcher Form verfügbare Angebote bei der Umsetzung unterstützen können.

Zusammenstellung eines möglichst breitaufgestellten Projektteams aus Verwaltung und weiteren relevanten Stakeholdern, soweit dies möglich ist.

Meilensteine

MS 1:
Der Projektrahmen und die Projektziele sind mit allen Projektbeteiligten (Lokalpolitik, Verwaltung, Gleichstellungs- und Datenschutzbeauftrage, Personalrat etc.) abgestimmt.

MS 2:
Die Markterkundung zur möglichen Unterstützung des jeweiligen Umsetzungsszenarios ist abgeschlossen und die Ergebnisse sind in den Ausschreibungen berücksichtigt.

MS 3:
Die Ausschreibungen der Unterstützung durch externe Dienstleister wurden erfolgreich durchgeführt.

MS 4:
Dank der im Vorfeld durchgeführten Schulungen sind Simulationen vor der tatsächlichen Einführung erfolgreich durchgeführt worden.

MS 5:
Das Projekt geht in den Regelbetrieb über.

Annahmen für Kostenrahmen

Interne Umsetzung:

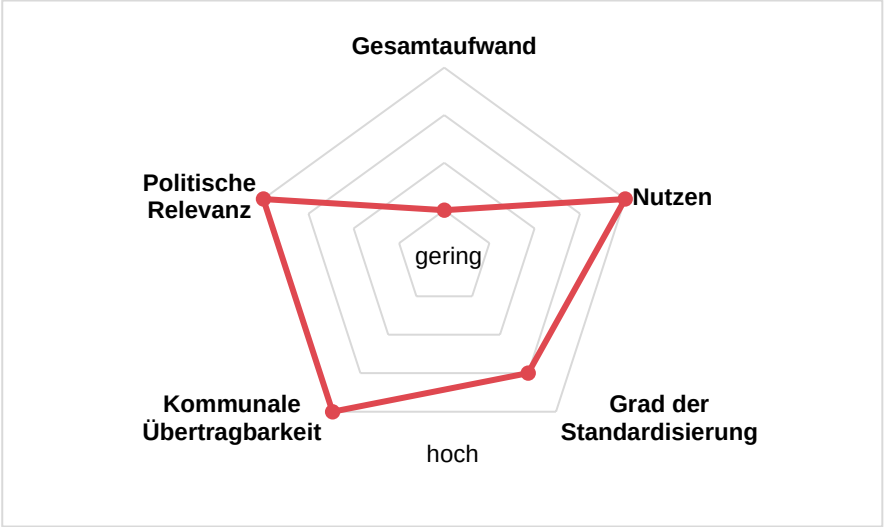
Dataport erarbeitet aktuell ein Angebot für Kommunen, um virtuelle Ratssitzungen zu begleiten. Eine Schätzung des Kostenrahmens ist aktuell nicht möglich.

Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Technische Machbarkeit
- Datenschutz
- Fragen der IT-Sicherheit
- Einschätzung des Personalrats
- Weitere Rechtliche Prüfungen

Projektidee: Verwaltung **Schulungsvideos**	
Ziel und Zweck des Projekts	Sowohl bei der Einarbeitung von Mitarbeiter*innen in der Stadtverwaltung wie auch neuen Politiker*innen soll das Potenzial von Videos genutzt werden.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Produktion von Schulungsvideos für neue Politiker*innen, für die Abläufe und Zusammenhänge in der Verwaltung oft fremd sind. Diese Zielgruppe erhält einen zeit- und ortsunabhängigen Zugang zu komplexeren Inhalten, die auch wiederholt werden können.
Benötigte Ressourcen	Personalressourcen (u.A. FB I, Organisation), Ausstattung (Soft- und Hardware) für die Aufzeichnung und Bearbeitung von Video und Ton, Personalressourcen
Rahmenbedingungen	Es gilt zunächst Inhalte für Schulungsvideos zu identifizieren, Umsetzung muss im Anschluss dessen geplant werden.
Projektteam	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Personelle Ressourcen werden frei und können anderweitig eingesetzt werden • Politiker*innen können zeit- und ortsflexibel Videos nutzen • Risiko, dass Politiker*innen persönliche Schulungen bevorzugen und Videos nicht annehmen, Gegenmaßnahme: Individuelle Einarbeitungsmaßnahmen planen.
Wichtige Stakeholder	(neue) Politiker*innen, Mitarbeitende der Verwaltung
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	• Videos können individuell, mehrfach bzw. wiederkehrend genutzt werden • Reduzierung von Wegzeiten
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#04: Chancengerechte und hochwertige Bildung #05: Chancengleichheit der Geschlechter #09: Innovation und Infrastruktur #11: Nachhaltige Städte und Gemeinden
Erste / Initiale Anforderungen	Erarbeitung der zu vermittelnden Inhalte und Vergabe der Videoerstellung an einen externen Dienstleister
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	• Entlastung der Verwaltungsmitarbeiter*innen • Bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf.
Limitationen: Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden	Aufwand bei der Erstellung, finanzielle Aufwand bei der Beauftragung



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Schulungsvideos

Kurzfassung

Schulungsvideos werden bereits in anderen Verwaltung oder vergleichbaren Institutionen erfolgreich genutzt. Die Stadt Pinneberg kann an diesen Erfahrungen partizipieren. Schulungsvideos zu komplexeren Inhalten der Verwaltung können während der Einarbeitungsphase zeit- und ortsflexibel benutzt werden Die Videos sollen die analogen Angebote unterstützen und für weitere Menschen zugänglich machen, diese jedoch nicht ersetzen.

Initiierung des Projekts

Festlegung der Projektziele gemeinsam mit der Politik.
Festlegung von Quantitätszielen. In welchem Umfang können Videos für die Zielgruppe sinnvoll sein?

Festlegung der Qualitätsziele. Welche Erwartungen und Mindestanforderungen gibt es an Schulungsvideos?

Markterkundung, ob und in welcher Form verfügbare Angebote bei der Umsetzung unterstützen können oder bereits ähnliche Angebote existieren.

Zusammenstellung eines; nach Möglichkeit, breitaufgestellten Projektteams aus Verwaltung sowie Politik.

Meilensteine

MS 1:
Der Projektrahmen und die Projektziele sind mit allen Projektbeteiligten (Lokalpolitik, Verwaltung, Gleichstellungs- und Datenschutzbeauftrage, Personalrat etc.) abgestimmt. Die Entscheidung für interne oder externe Umsetzung ist erfolgt.

MS 2:
Die Markterkundung zur möglichen Unterstützung des jeweiligen Umsetzungsszenarios ist abgeschlossen und die Ergebnisse sind in den Ausschreibungen berücksichtigt.

MS 3:
Die Ausschreibungen sowie der Unterstützung durch externe Dienstleister wurden erfolgreich durchgeführt.

MS 4:
Erste Schulungsvideos wurden erarbeitet und durch Mitarbeiter*innen und Politiker*innen qualitätsgesichert.

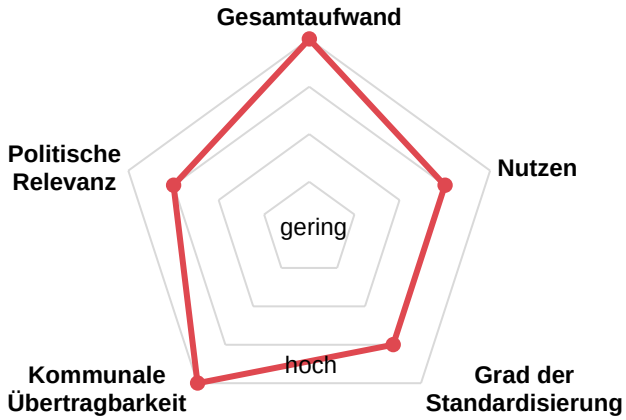
MS 5:
Qualitätsgesicherte Schulungsvideos wurden produziert und gehen in die Einarbeitung mit ein.

Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Technische Machbarkeit
- Einschätzung des Personalrats
- Weitere Rechtliche Prüfungen
- Fehlender Akzeptanz bei (neuen) Politiker*innen & Mitarbeiter*innen

Projektidee: Lebens- und Wohnumfeld **Strategieprozesse ausweiten**	
Ziel und Zweck des Projekts	Das Smart City Projekt und die parallel laufende Befragung zur Neugestaltung des Drostei-Parks haben gezeigt, dass es grundsätzlich ein großes Interesse und Potential in Pinneberg gibt, Bürger*innen an strategischer Planung teilhaben zu lassen.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Politik und Verwaltung stimmen gemeinsam ab, in welchen Themenkomplexen sie eine stärkere Bürger*innen-Beteiligung wünschen.
Benötigte Ressourcen	Personalressourcen (u.A. Büro Bürgermeister*in), Multiplikatoren und Öffentlichkeitsarbeit, Personalressourcen
Rahmenbedingungen	Die Ausweitung der Strategieprozesse soll insbesondere dazu beitragen, Entscheidungen, die in Politik und Verwaltung getroffen werden müssen, konzeptionell und mit Beteiligung von möglichst differenzierten Stimmen zu unterstützen. Grundsätzlich sind diese Prozesse nicht als formale Beteiligungsprozesse zu werten.
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Gesteigerte Akzeptanz bei getroffenen Entscheidungen • Höhere Beteiligung • Differenziertere Ergebnisse durch Beteiligung unterschiedlicher Bürger*innen • Risiko: Zu hohe Erwartungshaltung bei Bürger*innen führt zu Rückgang bei der Teilnahme
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Vereine, Verbände, Lokalpolitik, Verwaltung, Bürger*innen, Initiativen
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	Durch die breite Beteiligung unterschiedlicher Gruppen kann sichergestellt werden, dass auch deren Bedürfnisse frühzeitig berücksichtigt werden. Zudem könnten kostenintensive Anpassungen im Nachhinein vermieden werden, wenn diese Beteiligtengruppen frühzeitig auf bestimmte Rahmenbedingungen hinweisen.
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#05 Geschlechter-Gleichheit #09 Industrie, Innovation und Infrastruktur #10 Weniger Ungleichheiten #11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
Erste / Initiale Anforderungen	Politik und Verwaltung einigen sich auf ein Vorgehen sowie die Verortung der jeweiligen Beteiligungsergebnisse.
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	Höherer Grad von Bürgerbeteiligung und ggf. verstärktes Interesse für lokalpolitisches Engagement.
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	Genauen Themenkomplexe, Vorbehalte aus Politik und Verwaltung,



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Strategieprozesse ausweiten

Kurzfassung

Die Ausweitung der Strategieprozesse soll insbesondere dazu beitragen, Entscheidungen, die in Politik und Verwaltung getroffen werden müssen, konzeptionell und mit Beteiligung von möglichst differenzierten Stimmen zu unterstützen. Grundsätzlich sind diese Prozesse nicht als formelle Beteiligungsprozesse zu werten.

Die Einbindung von lokalem Expert*innen-Wissen kann dazu beitragen, Widerstände frühzeitig zu erkennen und damit das Konfliktpotenzial zu reduzieren.

Initiierung des Projekts

Zunächst sind die Themenfelder zu identifizieren, bei denen Politik und Verwaltung das größte Potenzial in einer verstärkten Beteiligung von Bürger*innen bzw. lokalen Expert*innen sehen. Die Erfahrungen aus dem Smart City Projekt zeigen, dass die Themen Verkehrswende und Wohnraum (Beanspruchung von Flächen) bereits heute emotional stark aufgeladen sind. Das Smart City Projekt konnte bereits erste Lösungsansätze erarbeiten. Die Themenfelder sind jedoch komplexer und die Vorbehalte möglicherweise noch deutlich größer, als im Projekt bislang erlebt.

Vor diesem Hintergrund sollte bei konfliktreichen Themenfeldern eine externe Moderation / Mediation in Betracht gezogen werden.

Meilensteine

MS 1:
Themenkomplexe identifizieren, bei denen Bürger*innen und lokale Expert*innen eingebunden werden sollen.

MS 2:
Zielsetzung und Ergebnisse des Beteiligungsprozesses definieren.

Welches Ergebnis wünschen sich Politik und Verwaltung, welchen Grad der Detaillierung? Wie müssen die Projektstrukturen aussehen, um diese Ergebnisse erreichen zu können und welche Expert*innen können wie hinzugezogen werden? An dieser Stelle kann und sollte auf die Erfahrungen des Smart City Projekts zurückgegriffen werden.

MS 3:
Kommunikationsstrategie und Beteiligungsarten sowie Beteiligungsformate festlegen und terminieren.

MS 4:
Kommunikation und Beginn des Beteiligungsprozesses.

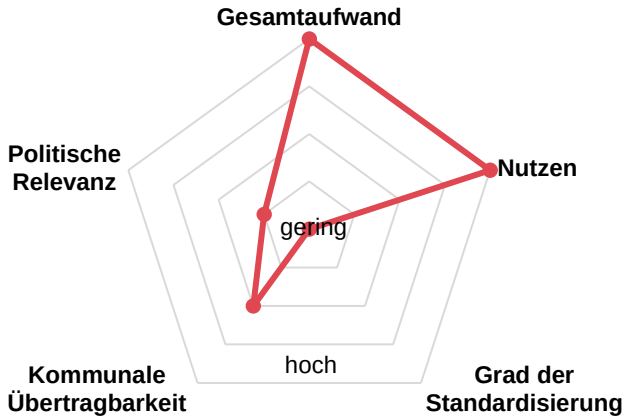
MS 5
Projektabschluss und Übergabe der Ergebnisse.

Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Moderation und Begleitung der Prozesse (intern / extern)
- Akzeptanz und politischer Wille
- Konkrete Themenfelder für die Mitbestimmung
- Technische Unterstützung (Newsletter, Forum, Videokonferenzen etc.)

Projektidee: Lebens- und Wohnumfeld **Multifunktionale Gebäude**	
Ziel und Zweck des Projekts	Die Projektidee hat zum Ziel, den Anspruch, dass Gebäude möglichst viele Mehrwerte für Bürger*innen stiften, kontinuierlich im Bewusstsein zu halten.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Gebäude sollen zukünftig möglichst mehr als einen Zweck erfüllen. So könnte durch gezielte Begrünung die Attraktivität und der klimawert gesteigert werden. Der Innovationsgrad dieser Idee ist sehr hoch, die Rand- und Rahmenbedingungen noch nicht vollständig ersichtlich.
Benötigte Ressourcen	Expert*innen im Baurecht sowie Fördermittelmanagement, Investoren
Rahmenbedingungen	Bauordnungsrecht, Finanzierung, Akzeptanz
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Innovative Pilotprojekte • Risiko: Komplexität zu hoch, Baurecht zu starr • Gezielte Anwendungsfälle und Nutzer*innen identifizieren.
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Umweltinitiativen, innovative Planungsbüros, Bürger*innen, die konkrete, gehobene, Erwartungen an Gebäude mitbringen. Bürger*innen, die auf multifunktionale Gebäude angewiesen sind (Familien, Senior*innen)
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	• Berücksichtigung von Barrierefreiheit • Beitrag zur Nachhaltigkeit durch Bauvorgaben
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#07 Bezahlbare und saubere Energie #08 Menschenwürde, Arbeit und Wirtschaftswachstum #09 Industrie, Innovation und Infrastruktur #11 Nachhaltige Städte und Gemeinden #13 Maßnahmen zum Klimaschutz
Erste / Initiale Anforderungen	Machbarkeitsstudien und verstärkter Austausch mit Pilotprojekte. Wissensaufbau, was grundsätzlich möglich ist. Vorhandenes Know-How in der Stadt identifizieren und in Projekte einbinden (z. B. FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V. Bundesvereinigung)
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	• Bewusstsein über den möglichen Lebenszyklus eines Gebäudes und die unterschiedlichen Anforderungen in Abhängigkeit der Bewohner*innen.
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	Rechtliche Rahmenbedingungen (insb. Baurecht). Finanzierung. Akzeptanz und Erwartungen der Bürger*innen.



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Multifunktionale Gebäude

Kurzfassung

Mit dieser Projektidee soll die Vision von multifunktionalen Gebäuden stetig ins Bewusstsein gerufen werden. Damit wird der Impuls aus den Veranstaltungen aufgegriffen, innovative Bauvorhaben in der Stadt mehr Raum zu geben. Soziale und nachhaltige Gesichtspunkte des Wohnungsbaus sollen dabei verstärkt aufgegriffen werden.

Initiierung / Vorprojekt

Wohnungsbaupolitik ist bereits heute ein wichtiges, aber auch polarisierendes Thema. In den kommenden Jahren, dürfte die Brisanz weiter steigen. Flächen sind knapp und häufig nicht in direktem Zugriff der Stadt. Die bisherigen Nutzungskonzepte häufig eindimensional (Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser, Wohn- und Gewerbefläche).

Um den gestiegenen Bedürfnissen nach Wohnraum nachzukommen und dabei sozial und ökologisch angemessen zu handeln, bedarf es neuer Wohnungsbaukonzepte.

Dabei gilt es, die individuellen Bedürfnisse der Bewohner*innen zu berücksichtigen und funktionale Angebote auszusprechen.

Im Rahmen der Workshops konnte das Thema bislang nur oberflächlich betrachtet werden.

Für die weitere Verfolgung des Themas wird ein Vorprojekt vorgeschlagen. Lokalpolitik, Verwaltung die lokalen Akteure (Genossenschaften, Vereine etc.) sowie Bürger*innen erarbeiten Entwicklungsziele und Leitlinien für das städtische Wohnen in Pinneberg.

So kündigte Bundesbauministerien Klara Geywitz jüngst eine Förderung für nachhaltige Stadtentwicklung an (Bundesbauministerium, 2022).

Ausgewiesene Ziele der Förderung mit einem Gesamtumfang von 790 Millionen Euro sind soziale Entwicklung und gezielte Klimaresilienz.

Meilensteine

MS 1:
Bildung eines Projektteams aus Lokalpolitik, Verwaltung, Wohnungsbaugenossenschaften, Bürger*innen, Initiativen und Vereine sowie ggf. weitere Akteure des lokalen Immobilienmarktes (Banken und Sparkassen etc.).

MS 2:
Sichtung und Bewertung der Förderrichtlinien hinsichtlich der Möglichkeiten (Neubau oder Sanierung).

Entwurf konkreter Nutzungsszenarien und Anforderungen an die Bauprojekte.

MS 3:
Abstimmung der strategischen Projektziele und Entwurf eines Projektplans. Identifikation möglicher Risiken sowie Mitwirkungsmöglichkeiten der Projektbeteiligten.

MS 4:
Abschluss des Vorprojekts mit dem Ergebnis, welche Möglichkeiten für die Stadt Pinneberg durch die Beteiligung an der Förderung bestehen, wer in führender Rolle auftritt, wer wie unterstützt. Welche Rolle können Verwaltung und Politik spielen, um die Einhaltung der gemeinsamen Ziele zu gewährleisten und zu unterstützen.

Ggfs. Prüfung der EU Förderung „European Bauhaus“ mit Fokus auf städtebauliche Belange unter Berücksichtigung von Aspekten der sozialen Stadt.

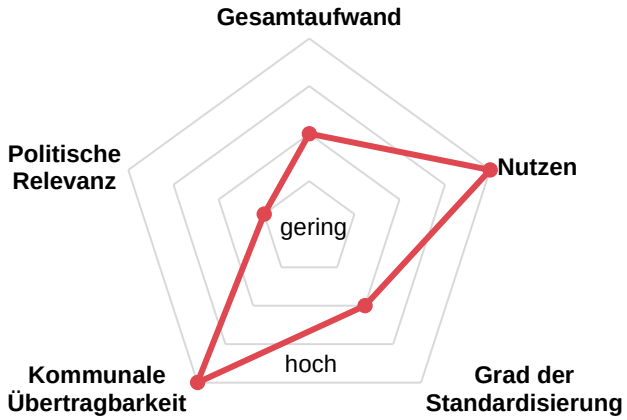
Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Machbarkeit im Einzelfall
- Baurecht
- Multiplikatoren für das Projekt gewinnen
- Akzeptanz und politischer Wille
- Verantwortungen, Kosten und Nutzen im Einzelfall
- Konkrete Nutzungskonzept

Projektidee: Lebens- und Wohnumfeld **Digitaler Wegweiser Lebenslagen**	
Ziel und Zweck des Projekts	Die Stadtverwaltung Pinneberg verfügt über umfassende Daten und Informationen, die erheblichen Mehrwert für Bürger*innen stiften können. Ziel des Projekts ist, diese in einer geeigneten Form darzustellen, damit der größtmögliche Nutzen entfaltet werden kann.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Die Stadt prüft, welche Daten mit hohem Mehrwert für Bürger*innen sie bereits veröffentlicht und bereitet diese in geeigneter Form anhand von Lebenslagen auf. Darüber hinaus etabliert die Stadt einen Prozess, um auch Daten über Angebote und Informationen von Vereinen und Institutionen auf der Seite der Stadt zugänglich zu machen.
Benötigte Ressourcen	Unterstützung aus den Fachbereichen. Wissen über die Strukturierung und Pflege von Datenbeständen (optimaler Weise *Linked Open Data*)
Rahmenbedingungen	Zuständigkeiten für die Erhebung und die Pflege der Daten sind bestimmt. Funktionierende Prozesse sind etabliert.
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Stärkung des Ehrenamts, da die Angebote besser sichtbar sind. Insb. für Zugezogene. • Risiko: Komplexitätsfalle • Maßnahme: Zuständigkeit eindeutig festlegen und funktionierende schlanke Prozesse etablieren
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Lokalpolitik, Lokalpresse, Vereine, Initiativen und Multiplikatoren
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	Gezielte Darstellung der relevanten Informationen in einfach zugänglicher Form.

Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#05 Geschlechter-Gleichheit #09 Industrie, Innovation und Infrastruktur #10 Weniger Ungleichheiten #11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
Erste / Initiale Anforderungen	Definition der Lebenslagen und Identifikation der relevanten Informationen, die bereits veröffentlicht werden.
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	Gefestigte Strukturen innerhalb der Stadt und Möglichkeit, dass sich neue Netzwerke bilden.
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	• Technische Umsetzung • Vorgehen der Projektrealisierung • Zu beteiligende Strukturen



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Digitaler Wegweiser Lebenslagen

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung Pinneberg verfügt über umfassende Daten und Informationen, die erheblichen Mehrwert für Bürger*innen stiften können. Aktuell sind diese aber häufig noch nicht in einer Form zugänglich, die für die Bürger*innen optimal ist. So können die wesentlichen Informationen, wie etwa die Spielplätze in der Stadt oder (Sport-) Vereine in tabellarischer Form oder auf einer Karte gefunden werden. Dies setzt jedoch voraus, dass die Bürger*innen gezielt um die Angebote wissen oder danach suchen. Eine strukturierte Aufbereitung dieser Informationen und eine Zuordnung zu Lebenslagen würden Bürger*innen in die Situation versetzen, dass sie für sie relevante Informationen leicht übersichtlich dargeboten bekommen.

Initiierung des Projekts

Das Projekt hat das Ziel, relevante Informationsangebote für Bürger*innen zu identifizieren und diese in geeigneter Form zugänglich zu machen. Die Komplexität ist demnach nahezu beliebig und die Gefahr gegeben, dass die Zentrierung der Bürger*innen aus dem Fokus fällt.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt das Smart City Projekt ein iterativ-inkrementelles Vorgehen.

Bei Umsetzung dieser Projektidee sollte darauf geachtet werden, dass Bürger*innen und Vereine kontinuierlich eingebunden sind und die Zwischenergebnisse testen und bewerten.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundsätzliche technische Anforderungen und Standards wie *Linked Open Data* und damit Maschinenlesbarkeit eingehalten werden. Dadurch ist sichergestellt, dass auch aufbauende Angebote die Daten nutzen können. Auch auf eine durchgängig barrierefreie Darstellung ist zu achten, damit auch Menschen mit Behinderung die Angebote wahrnehmen können.

Meilensteine

MS 1:
Festlegung der Ziele des Projekts sowie Abstimmung der relevanten Lebenslagen.

MS 2:
Grobplanung und begleitende vertiefte Marktanalyse anhand der definierten Ziele und Visionen

MS 3:
Bildung des Projektteams und Fokus auf die ersten Lebensbereiche. Einbindung der relevanten Gruppen (Vereine, Bürger*innen) für die gemeinsame Projektarbeit.

MS 4:
Entwicklung des ersten Inkrements (Prototyp) für eine Lebenslage mit den relevanten Informationen.

MS 5
Kontinuierliche Weiterentwicklung der verbleibenden Lebensbereiche in Zyklen.

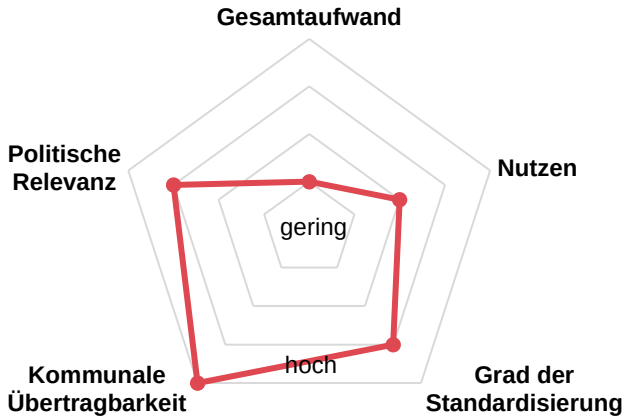
Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Eigenentwicklung oder Beschaffung einer existierenden Lösung.
- Förderfähigkeit (aktuelle Situation)
- Politischer Wille und Budget

Projektidee: Lebens- und Wohnumfeld **Umfragen mit Bürger*innen ausweiten**	
Ziel und Zweck des Projekts	Die Stimme von Bürger*innen wahrzunehmen und auf ihre Impulse einzugehen, ist der Verwaltung ein hohes Anliegen.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Stadtverwaltung und Politik erhalten die Möglichkeit anlassbezogen die Bürger*innen digital und unverbindlich zu befragen. Als Folge werden die Bürger*innen über einen weiteren Kanal zu Themen informiert und können sich aktiv einbringen.
Benötigte Ressourcen	Umfragetool, ggf. Personal zur Betreuung
Rahmenbedingungen	Anlassbezogene unverbindliche Umfragen zu spezifischen Themenfeldern
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	- Erhöhte Aufmerksamkeit für die befragten Themen - Erhöhte Mitgestaltung - Risiko: Laute Minderheit könnte die tatsächliche Einschätzung der leisen Mehrheit verfälschen
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Datenschutzbeauftrage*r, Personalrat, Verwaltung, Politik, ggf. Dienstleister
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	Gezielte Befragung der Gruppen und damit Steigerung des Bewusstseins für die Themen.
Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#05 Geschlechter-Gleichheit #09 Industrie, Innovation und Infrastruktur #10 Weniger Ungleichheiten #11 Nachhaltige Städte und Gemeinden #13 Maßnahmen zum Klimaschutz
Erste / Initiale Anforderungen	Entscheidung, ob Fremdvergabe oder Eigenbetrieb.
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	Die Akzeptanz für politische Entscheidungen könnte gestärkt werden. Mit den Umfragen kann ein weiterer Schritt zu mehr Bürger*innenbeteiligung beschritten werden.

Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	• Datenschutzrechtliche Fragestellungen • Konzeption der Umfragen • Kommunikation der Umfragen • Auswertung und Kommunikation der Ergebnisse



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Umfrage mit Bürger*innen ausweiten

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung möchte die Stimmung und das lokale Expert*innenwissen der Bürger*innen verstärkt für die eigenen Entscheidungsprozesse erschließen. Hierfür sollen unverbindliche Umfragen ermöglicht werden, die ein erstes Meinungsbild abgeben und zudem dabei helfen, die Bürger*innen verstärkt über lokale Themen zu informieren.

Initiierung des Projekts

Grundsätzlich ist die Entscheidung zu treffen, ob für dieses Thema eigenes Personal aufgebaut werden soll, oder ob die Erstellung extern beauftragt wird. Aus wirtschaftlicher Sicht ist entscheidend, wie viele Umfragen pro Jahr beauftragt werden sollen.

Meilensteine

MS 1:
Entscheidung über die grundsätzliche Ausrichtung (Fremdbeauftragung / Eigenbetrieb) ggf. auch zunächst Erfahrungen mit Fremdbeauftragung sammeln und zu späterem Zeitpunkt auf Eigenbetrieb umstellen.

MS 2:
Datenschutzrechtliche Fragestellungen klären. Welche Fragen sind unzulässig, worauf ist zu achten.

MS 3:
Abstimmung über die Kommunikation der Umfragen (Lokalpresse, Webseite der Stadt, Newsletter).

MS 4:
Konzeption der ersten Umfrage. Und Auswertung der Ergebnisse.

Kommunikation der Ergebnisse (Webseite der Stadt o. ä.)

Kostenstruktur:

Externe Vergabe (je nach Umfang und Komplexität) zwischen 600 – 2000 € pro Umfrage (Beratung und Ergebnis-aufbereitung eingeschlossen)

Intern:
jährliche Kosten für eine extern betriebene Software zwischen 1000 – 2000 €
alternativ Eigenbetrieb einer OpenSource-Software mit eigenem Personal, sowie die Auswertung und Aufbereitung.

Ggfs. Prüfung der des Programms „„Digitale Kommune: Interaktive, partizipative und datengetriebene Planungsprozesse zu unterstützen“ (Bundesförderung BMBF).

Ausblick

Es ist denkbar, dass entsprechende Funktionalitäten zukünftig auch im Bürgerportal integrierbar sind. Über den Zeitpunkt und / oder Kostenstrukturen ist bislang nichts bekannt. Dies wird zum Zeitpunkt der Entscheidung für einen Eigenbetrieb erneut beim ITVSH bzw. Dataport abgefragt, um etwaige Doppelinvestitionen zu vermeiden.

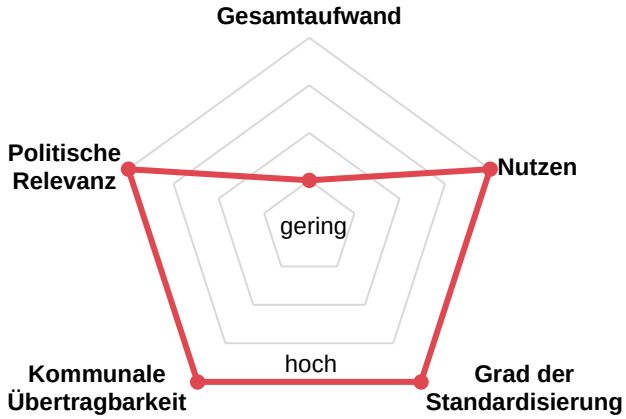
Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Rechtliche Rahmenbedingungen (insb. Datenschutz und personalrechtliche Fragen)
- Detaillierte Betrachtung der einzusetzenden Software
- Aktuelle Entwicklungen rund um das Bürgerportal.

Projektidee: Lebens- und Wohnumfeld **Bürgerportal**	
Ziel und Zweck des Projekts	Das Bürgerportal stellt den zentralen Zugang für Bürger*innen zur Wahrnehmung digitaler Verwaltungsleistungen dar und kommt dem Auftrag der gesetzlich verpflichtenden Online-Bereitstellung nach.
Projektgegenstand (Ergebnis und Folgen)	Mit der Einführung des Bürgerportals können die verfügbaren digitalen Leistungen rund um die Uhr in Anspruch genommen werden. Überdies hinaus können weitere Angebote der digitalen Daseinsvorsorge im Bürgerportal eingebunden werden.
Benötigte Ressourcen	Termin für die Einführung.
Rahmenbedingungen	Slot für die Bereitstellung durch Dataport und den ITVSH (vrsl. Anfang/Mitte 2023)
Projektteam (Verantwortlichkeiten)	N.N.
Chancen, Risiken und Maßnahmen	• Bürger*innen müssen für einen Großteil der Verwaltungsleistungen nicht mehr selbst vorstellig werden und gewinnen somit Zeit und reduzieren zurückgelegte Strecken. • Risiko: Mangelndes Wissen hemmt die Nutzung des Bürgerportals • Begleitende Kommunikation um Bürger*innen auf die digitalen Angebote hinzuweisen.
Wichtige Projektbeteiligte Im Projekt einzubeziehen sind:	Lokalpolitik, Stadtmarketing, Lokalpresse, Vereine,
Beiträge Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung	Gezielte Bündelung von Angeboten für die jeweiligen Interessensgruppen stärken diese. Im Kontext der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen sind diese (über das Bürgerportal) in barrierefreier und leicht zugänglicher Form anzubieten.

Auswirkung hinsichtlich der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	#05 Geschlechter-Gleichheit #09 Industrie, Innovation und Infrastruktur #10 Weniger Ungleichheiten #11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
Erste / Initiale Anforderungen	Pflege des Zuständigkeitsfinders (ZuFiSH), Festlegung, welche Nachrichtenkanäle zur Zustellung der Onlineanträge genutzt werden sollen.
Erwartete Ergebnisse (neben dem Projektgegenstand)	Das Bürgerportal wird die analogen Vor-Ort-Leistungen nicht ersetzen. Doch durch das digitale Angebot erhalten die Bürger*innen die Möglichkeit,
Limitationen: Noch detaillierter zu betrachten sind:	• Vollständige Integration mit eingesetzten Fachverfahren • Planung für weitere Angebote der digitalen Daseinsvorsorge



Gesamtaufwand:	Personeller, finanzieller und organisatorischer Aufwand
Grad der Standardisierung:	Gibt es funktionierende Beispiele (hoch) oder ist es neu
Politische Relevanz:	Einschätzung der politischen Relevanz
Nutzen:	Mehrwert für die Gesellschaft sowie die Zielgruppe
Kommunale Übertragbarkeit:	Potenzial zur Nachnutzung bzw. Gewinnung von Partnern

Projektidee: Bürgerportal

Kurzfassung

Das Bürgerportal stellt einen zentralen Zugang zu attraktiven digitalen Verwaltungsleistungen und Angeboten der digitalen Daseinsvorsorge dar. Das Bürgerportal ist primär als Ergänzung zur klassischen Webseite zu verstehen. Das Bürgerportal ermöglicht dabei ein höheres Maß an Interaktion mit den Bürger*innen.

Initiierung des Projekts

Das Bürgerportal wird über den IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH) allen Kommunen in Schleswig-Holstein kostenfrei angeboten. Die Bereitstellung wird zentral über den ITVSH koordiniert. Aktuell ist die Einführung für 2023 geplant.

Neben den Verwaltungsleistungen dient das Bürgerportal auch dazu, Angebote der digitalen Daseinsvorsorge zu bündeln. Im Kontext des Smart City Projekts bedeutet dies, dass z. B. die Multimodale Mobilitäts-App über das Bürgerportal angeboten werden könnte. Perspektivisch ist hier auch denkbar, dass eine Beteiligungsplattform oder die Buchung öffentlicher Ressourcen (wie etwa Sporthallen) ermöglicht wird.

Meilensteine

MS 1:
Vorbereitungen auf die Einführung des Bürgerportals sind abgeschlossen. Dies umfasst zum einen die kontinuierliche Pflege des Zuständigkeitsfinders (ZuFiSH) mit den Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Verwaltungsleistungen.

Zudem ist zu prüfen, dass die Organisationsstrukturen im ZuFiSH korrekt hinterlegt sind und dies auch bei Umorganisationen entsprechend aktualisiert wird.

MS 2:
Entscheidung über die Anbindung des Bürgerportals an die Verwaltung. Die Online-Anträge können auf verschiedenen Wegen der Verwaltung zugestellt werden. Die Stadtverwaltung evaluiert für die entsprechenden Online-Dienste auf welchem Weg die Anträge auf Seiten der Verwaltung entgegengenommen werden sollen.

MS 3:
Die Einführung des Bürgerportals sollte öffentlichkeitswirksam Begleitet werden, um Bürger*innen auf die neuen Möglichkeiten hinzuweisen.

MS 4:
Einführungsphase mit Schulungen für Mitarbeiter*innen unter Begleitung des ITVSH und Dataport.

MS 5:
Überführung in den Regelbetrieb sowie Planung der zu integrierenden Leistungen.

Limitationen:

Bisher nicht umfangreich betrachtet wurden:

- Zu integrierende Fachverfahren an das Bürgerportal, um Bearbeitungsvorgänge innerhalb der Verwaltung Ende-zu-Ende digitalisiert anzubieten.
- Weitere Angebote der digitalen Daseinsvorsorge, die im Smart City Projekt nicht priorisiert betrachtet wurden, wie etwa Solidaritätsbörse / Nachbarschaftshilfe.

Anhang 2: Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten 2015 Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Agenda 2030. Die Weltgemeinschaft verpflichtete sich zu 17 globalen Zielen für eine bessere Zukunft. Leitbild der Agenda 2030 ist es, global ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und darüber hinaus die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten. Dabei werden ökonomische, soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt.[9]

An diesen Zielen hat sich die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie systematisch orientiert. Der Großteil der Bundesländer hat ebenso Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt oder sogar weiterentwickelt.

Eine stetig wachsende Zahl deutscher Kommunen arbeitet an Konzepten im Sinne der Nachhaltigkeit, um einen Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu leisten. Die Kommunen haben hierbei eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030.

Überblick der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen:

[9] https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/die-un-nachhaltigkeitsziele-1553514